

Faschismus als Chamäleon

Von der Gewaltherrschaft totalitärer Staaten über eine subtile Herrschaft rechtslibertärer Tech-Giganten zu einer herrschaftsfreien „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“

Werner Onken

„Nun geht eine neue Welle wirtschaftlicher Krisis über uns hin und wühlt die politischen Leidenschaften auf. ... Mit dem wirtschaftlichen Niedergang der Mittelklasse verband sich die Empfindung einer Zeitenwende, welche das Ende der von der Französischen Revolution datierenden bürgerlichen Epoche und ihrer Ideenwelt ankündigte. ... Entlaufen scheint die Menschheit wie eine Bande losgelassener Schuljungen aus der humanistisch-idealistischen Schule des 19. Jahrhunderts, gegen deren Moralität, wenn denn überhaupt von Moral die Rede sein soll, unsere Zeit einen weiten und wilden Rückschlag darstellt.“

Thomas Mann am 17. Oktober 1931¹

Übersicht

- 1 Fake News als Angriffe auf die „Wahrheit die uns verbindet“ (Karl Jaspers) und als Mittel der Zersetzung des gesellschaftlichen Zusammenhalts
- 2 Anfänge des Rechtslibertarismus in der Österreichischen Schule der Ökonomie
- 3 Von Österreich in die USA
- 4 Internationale Ausbreitung der „New Austrians“
- 5 Das Silicon Valley als rechtslibertäres Eldorado für ‚freie und kreative‘ Pionier-Unternehmer und Tech-Monopole

¹ Thomas Mann, Deutsche Ansprache – Ein Appell an die Vernunft (Oktober 1930), Stuttgart 2025, S. 9, 15

- 6 und als Schmelztiegel von rechtslibertärer Ökonomie, Tech-Gigantomanie, Anarchokapitalismus und Demokratiefeindlichkeit
- 7 Fließende Übergänge vom rechtslibertären Anarchokapitalismus zum Autoritarismus und Tech-Faschismus
- 8 Was könnte ein weiteres Abdriften in die Richtung von Rechtslibertarismus, Anarchokapitalismus und Tech-Faschismus aufhalten?
- 9 Ausblick auf eine „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“

Nach rund 50 Jahren der neoliberalen, auch von Sozialdemokraten und Grünen mitgetragenen Hyperglobalisierung wäre es an der Zeit, den Ursachen der sich gefährlich kumulierenden sozialen, ökologischen und politischen Krisen auf den Grund zu gehen und Wege zu sozialer Gerechtigkeit, politischem Frieden und zu einem Frieden mit der Natur zu suchen. Jedoch geschieht derzeit tragischerweise das Gegenteil des Notwendigen.

Das Pendel der ökonomischen und politischen Großwetterlage schlägt gerade mit großer Wucht von der ungerechten und unfriedlichen Hyperglobalisierung in die Gegenrichtung eines ebenfalls ungerechten und unfriedlichen Rechtsrucks um. Während die ‚Mitte der Gesellschaft‘ es sträflich versäumt, Wege zu einer die gesamte Gesellschaft integrierenden gerechten und friedlichen Ordnung für ein freiheitliches und zugleich weltoffenes Zusammenleben aller Menschen und ihrer Eingliederung in ökologische Kreisläufe zu suchen, entfesseln Konservative und Rechts-extreme seit einigen Jahren einen regelrechten Kulturkampf gegen die von ihnen gehasste sog. „Wokeness“. Nationale Egoismen, Handelsprotektionismus, autoritäre Regierungsformen, das Recht der Stärkeren, Migrationsabwehr und Kämpfe um die Vorherrschaft auf den Weltmärkten sind die neuen Leitsterne von vermeintlichen Anwälten der sog. ‚kleinen Leute‘, die das sog. Establishment angreifen und doch in vielen Fällen selbst als Milliardäre und Millionäre dazu gehören. Und ihre Stoßrichtung ist klar. Auf breiter Front kämpfen sie mit der Unterstützung von Denkfabriken wie der „Heritage Foundation“ mit dem „Project 2025“ in den USA oder „Republik21“ in Deutschland mehr oder weniger rabiat gegen die unteren und mittleren Gesellschaftsschichten („Big Beautiful Bill“ in den USA, Sozialabbau mit „Kettensägen“ in Argentinien), gegen die Natur

(Leugnung des von Menschen verursachten Klimawandels und fossile Regression) und gegen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Ganz so neu, wie es scheinen mag, sind diese ‚neuen‘ ökonomischen und politischen Leitsterne jedoch nicht. Sie haben ideengeschichtliche Wurzeln, die sich während der Jahrzehnte der Hyperglobalisierung im Schatten der als „woke“ diffamierten liberalen, linksliberalen, linken und grünen ‚Eliten‘ ausbreiten konnten – zunächst nahezu unmerklich wie ein unterirdisches Pilzgeflecht und in der Zeit seit der großen Finanzkrise (2008) zunehmend offensiver und aggressiver.

1 Fake News als Angriffe auf die „Wahrheit die uns verbindet“ (Karl Jaspers²) und als Mittel der Zersetzung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Ein frühes Beispiel von rechtsextremen Fake News, die die Menschen voneinander trennen und Gruppen von Menschen gegeneinander aufhetzen, sind die sog. „Protokolle der Weisen von Zion“. Bei ihnen handelt es sich um eine perfide antisemitische Hetzschrift aus der Zeit um 1900, die vielfach verändert und neu aufgelegt wurde. Besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten nach dem Ersten Weltkrieg und im Zuge der großen Weltwirtschaftskrise ab Oktober 1929 verbreitete sie sich stark.

Nachgewiesenermaßen handelt es sich bei diesen „Protokollen“ um eine Fälschung bzw. sie sind - da es gar kein entsprechendes Original gibt - eher als eine Erfindung oder als eine Fiktion zu betrachten.³ So oder so dienten und dienen diese „Protokolle“ als Fortsetzung des Jahrhunderte langen Antisemitismus dem Zweck, Menschen mit jüdischem Glauben als Verursacher von wirtschaftlichen Krisen zu brandmarken und ihnen die Absicht zu unterstellen, ein religiös verbrämtes totalitäres Herrschaftssystem errichten und alle anderen Völker ausplündern zu wollen. Juden seien – so eine Behauptung in den „Protokollen“ – geradezu „Wölfe“ und Andersgläubige bloß eine „Hammelherde“. Als „Bankleute, Fabrikherren, Geldmänner und Millionäre“ würden Juden „alles durch die Macht des Geldes entscheiden“ wollen. Um vorsätzlich wirtschaftliche Krisen herbeizuführen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt

² Karl Jaspers, *Wohin steuert die Bundesrepublik?*, München 1966, Vorwort.

³ Vgl. die von Jeffrey Sammons herausgegebene, kritisch kommentierte Ausgabe, Göttingen 1998, S. 7 und 115.

zu untergraben und „die Nichtjuden zu schädigen“, hätten Menschen mit jüdischem Glauben angeblich umfangreiche Stockungen (Krisen) im Wirtschaftsleben hervorgerufen und alles erreichbare Geld aus dem Verkehr gezogen und in Tresoren gespeichert. Nach einem „Umsturz in der ganzen Welt“ und der Machtübernahme durch einen jüdischen König würde ihre „Regierung in der Person unseres künftigen Weltherrschers den Schein altväterlicher Sorge um das Wohl und Wehe unserer Untertanen annehmen.“ Zwecks Vermeidung „jeder Stockung des Geldverkehrs“ werde der jüdische König „alle langfristigen festverzinslichen Staatsanleihen abschaffen“.⁴

Über die Entlarvung der „Protokolle der Weisen von Zion“ als finstere antisemitische Machwerk hinaus ist mit den Worten von Jeffrey Sammons, dem Herausgeber ihrer kritisch kommentierten Ausgabe, eine „verstärkte Wachsamkeit notwendig“ – vor allem in Krisenzeiten, in denen Krisenursachen auf Sündenböcke wie das Judentum projiziert werden. „Das Phänomen scheint zeitweilig einzuschlafen, überwintert aber nur, um in Krisenzeiten zu erneuter Wirksamkeit zu gelangen“. Um den „Protokollen“ und ähnlichen ebenso menschenverachtenden wie dilettantischen Hetzschriften ihre Wirkungskraft zu nehmen, bedarf es Sammons zufolge „unerschütterlich fundierter Argumente. ... Man darf sich das nicht allzu leicht vorstellen; es ist sehr hartes Holz, das da gebohrt werden muss. Aber letzten Endes gibt es in diesem Kampf keine andere Waffe auf der Seite der Menschheit und der Menschlichkeit als die Vernunft.“⁵

Vernunftbasierte Argumente sind zweifellos eine notwendige, aber noch keine hinreichende Voraussetzung für eine erfolgversprechende Eindämmung des Antisemitismus und anderer rechtsextremistischer Ideologien. Notwendig ist darüber hinaus auch eine vollständige Überwindung von wirtschaftlichen Krisen als Nährböden, auf dem sie immer wieder aufs Neue gedeihen. Sie war das große Ziel des Sozialreformers Silvio Gesell (1862-1930), für den die tieferen Ursachen der Hyperinflation der frühen Jahre nach dem Ersten Weltkrieg und der weltweiten Deflationskrise ab dem Schwarzen Freitag im Oktober 1929 in den falschen Strukturen der modernen kapitalistischen Wirtschaft lagen und nicht im

⁴ Jeffrey Sammons, S. 55 (Macht des Geldes), 66 (Hammelherde und Wölfe), 77 (weltweiter Umsturz), 85 (Verfügung über alles Geld der Welt), 97 (jüdischer König), 99 (riesige gespeicherte Geldsummen und Stockung des Geldverkehrs) und 103 (Abschaffung festverzinslicher Staatsanleihen).

⁵ Jeffrey Sammons, S. 118 (Langzeitwirkung der „Protokolle“).

bösartigen Verhalten von einzelnen Menschen oder einzelnen Völkern wie dem jüdischen Volk. Gesell sah durchaus die Rolle von Spekulationsgeschäften bei der Entstehung von Krisen; er distanzierte sich aber ausdrücklich von Personalisierungen der in falschen Strukturen der kapitalistischen Geldwirtschaft liegenden Krisenursachen. „Wer die handelnden Personen gewesen sind. Interessiert uns nicht weiter.“⁶ Anstelle einer Hetze gegen jüdische Bankiers und Börsianer und gar einer Verfolgung aller Jüdinnen und Juden sowie gewaltsamer Kämpfe um ‚Lebensräume‘ und Ressourcen forderte Gesell strukturelle Reformen des Geldwesens und des Boden- und Ressourcenrechts, welche eine soziale Gerechtigkeit für alle Menschen herbeiführen und die Wirtschaft bei einer unfreiwilligen Arbeitslosigkeit und Inflation bzw. Deflation von null stabilisieren sollte. Als einer der ersten Sozialreformer wies er einen weder kommunistischen noch nationalsozialistischen Ausweg aus den kapitalistisch pervertierten Marktwirtschaften in eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“.⁷

Kurz vor seinem Tod im März 1930 mahnte Gesell im Vorwort zu einer geplanten Neuauflage seines Hauptwerks „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“: „Der Ratlosigkeit der führenden deutschen Kreise steht die Hoffnungslosigkeit der breiten Masse gegenüber. Die Regierung, die Parteien, die Wissenschaftler sind am Ende ihres Lateins. ... Wenn wir unfähig bleiben, die Aufgabe, die uns gestellt wurde, zu lösen, so werden ... die Empörungen und Verzweiflungstaten, die nicht ausbleiben können, immer größere Kreise umfassen und immer größere Opfer verlangen; die Hungerrevolten werden kein Ende mehr nehmen, die Regierung wird von links nach rechts und von rechts nach links pendeln. Und jeder Pendelschlag wird nur die Verwirrung, die Hilf- und Ratlosigkeit vermehren.“⁸

⁶ Silvio Gesell, Die Wallstreet im August 1907 und im Oktober 1929, in: Gesammelte Werke Band 17, Lütjenburg 1997, S. 205 – 216, hier: S. 212

⁷ Silvio Gesell, „Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat.“ – Werkauswahl zum 150. Geburtstag, Kiel 2. Auflage 2012; auf der Website <https://www.silvio-gesell.de/leseproben.html> . - Werner Onken, Grundrisse einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – 50 Fragen und Antworten, München 2025.

⁸ Silvio Gesell, Vorwort zur geplanten 7. Auflage der „Natürlichen Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, in: ders., Gesammelte Werke Band 11, Lütjenburg 1991, S. 401 – 402.

2 Anfänge des Rechtslibertarismus in der Österreichischen Schule der Ökonomie

Um einen Absturz der von Krise zu Krise taumelnden kapitalistischen Marktwirtschaft und Demokratie in totalitäre Herrschaftsformen des Kommunismus oder Nationalsozialismus zu verhindern, sollte die von Gesell vorgeschlagene Geld- und Bodenreform die vom neoklassischen Mainstream in der Ökonomie verleugnete systemimmanente Krisenhaftigkeit der laissez-faire-kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft überwinden und die Vorgänge in einer von Monopolen befreiten Marktwirtschaft in eine faire und gerechte rechtsstaatliche Ordnung einbetten. Dieser Denkansatz stieß jedoch auf taube Ohren in der neoklassischen Standardökonomie. Stattdessen kam seit den 1920er Jahren eine andere ökonomische Denkrichtung auf, die als Ableger der Wiener Neoklassik von den ultraliberalen Ökonomen Ludwig von Mises (1881-1973) und Friedrich August von Hayek (1899-1992) ausging. Sie führte zur Entstehung jener rechtslibertären Österreichischen Schule, deren Schwerpunkt sich seit den 1940er Jahren in die USA verlagerte. Dort verband sie sich mit der entschieden staatskritischen Haltung der Gründergeneration der USA, die ihre Wurzel in der vehementen Ablehnung der europäischen Feudalstaaten hatte. Die USA erschienen als das von der „libertären Tradition“ am stärksten durchdrungene Land der Welt. Ihre Abwehrhaltung gegenüber den europäischen Feudalstaaten hatte zweifellos ihre Berechtigung; aber sie führte insofern zu einer Überreaktion, als die sich in den USA weiterentwickelnde Österreichische Schule an den Prämissen des frühen Laissez-faire-Kapitalismus festhielt und dabei stehen blieb. Der Verabsolutierung von staatlicher Macht im Feudalismus wie im Kommunismus und Faschismus stellte die Österreichische Schule eine Verabsolutierung einer wie im Laissez-faire-Kapitalismus von staatlicher Regulierung ‚freien‘ Privatwirtschaft entgegen.⁹ Damit wurde die Österreichische Schule der Ökonomie zu einem Wegbereiter für den späteren Anarcho-Kapitalismus und Techno-Faschismus.

Weil den Marktkräften noch immer ein Gravitationszentrum in Gestalt einer freiheitlichen und zugleich gerechten rechtsstaatlichen Rahmenordnung fehlt, pendeln die führenden politischen und intellektuellen Kreise im In- und Ausland mittlerweile nicht mehr nur gleichsam zweidimensio-

⁹ Murray Rothbard, Eine neue Freiheit – Das libertäre Manifest, Berlin 1999, S. 13 – 30 über das „libertäre Erbe“ und die „libertäre Tradition“.

nal zwischen linken und rechten Extremen hin und her, sondern sie pendeln in einer mehrdimensionalen Konstellation zwischen Kommunismus, Faschismus, religiösen Fundamentalismen und Anarcho-Kapitalismus & Techno-Faschismus hin und her. Und bei jedem Pendelschlag ist der demokratische Staat in seiner bisherigen kapitalistischen, in sich widersprüchlichen Doppelgestalt als Rechts- und Machtstaat noch zu schwach, um die extremen Pendelausschläge in die Richtungen staats-totalitärer und autokratischer oder libertär-privatkapitalistischer subtiler Herrschaftsformen ‚einfangen‘ zu können.

In ihren Gleichgewichtsmodellen gaukelte die Neoklassik seit jeher eine realitätsferne heile Welt vor, in der die sich selbst überlassenen ‚freien‘ Märkte sich selbsttätig in ihren Gleichgewichten stabilisieren und eventuell auftretende Ungleichgewichte selbsttätig wieder in Gleichgewichtslagen zurückholen. Und im direkten Widerspruch zu ihren Behauptungen, dass der Wettbewerb die Vorgänge auf den ‚freien‘ Märkten am besten ohne staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ausbalanciere, rechtfertigte die Neoklassik in ihren Wettbewerbstheorien wie dem „Concept of Workable Competition“ von John Maurice Clark (1940) das direkte Gegenteil von ‚freien‘ Märkten – nämlich die Konzentration von Geld- und Real-kapital in marktbeherrschenden Großunternehmen.¹⁰

In teilweiser Anknüpfung an die österreichischen Ökonomen Carl Menger (1840-1921) und Eugen von Böhm-Bawerk (1851-1914) und andere Vertreter der seit etwa 1870 entstandenen Neoklassik modifizierten Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek das einseitig individualistische Bild vom Menschen als nutzen- und gewinnmaximierendem homo oeconomicus. Ähnlich wie die Neoklassik rechtfertigten sie auch leistungslose Privilegieneinkommen wie Bodenrenten und Kapitalzinsen als angeblich auf Leistung und Konsumverzicht beruhende Einkommensarten. Und vor dem Hintergrund der leidvollen Erfahrungen mit der russischen Revolution von 1917 bis 1921 zogen Mises und Hayek die Marx-sche Kapitalismuskritik und die Möglichkeit einer sozialistischen Wirtschaftsrechnung grundsätzlich in Zweifel.¹¹

¹⁰ Werner Onken, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung München 2022, Band 1, S. 219 – 227, und Band 2, S. 440 – 447.

¹¹ Vgl. hierzu Ludwig von Mises, Die Gemeinwirtschaft – Untersuchungen über den Sozialismus. Erstausgabe 1922. Jena 2007.

Während Henry George (1839-1897), Franz Oppenheimer (1864-1943), Silvio Gesell (1862-1930) und andere Vordenker einer monopolfreien „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ einerseits mit Mises‘, Böhm-Bawerks und Hayeks Zweifeln an einer sozialistischen Wirtschaftsrechnung übereinstimmten, kritisierte vor allem Gesell Böhm-Bawerks Zins-
theorie als falsch und wollte die interessengeleiteten Fehler der Neoklassik durch Reformen des Geldwesens, des Boden- und Ressourcenrechts und der Unternehmensverfassung korrigieren.¹² Demgegenüber hielten Mises und Hayek an den liberalkapitalistischen Postulaten der Neoklassik fest und bahnten auch noch den Weg zur Steigerung der klassischen Idee eines „Nachtwächterstaats“ zu einer radikalen, geradezu ultraliberal-anarchistisch-libertären Ablehnung des Staates. Die Österreichische Schule verurteilte nicht nur die totalitäre Macht des kommunistischen Sowjetstaates oder der faschistischen Staaten in Italien, Spanien und Deutschland. Sie distanzierte sich auch von der österreichisch-ungarischen K&K-Monarchie, zumindest von deren Spätphase, und verlangte schließlich, dass sich auch demokratische Rechts- und Sozialstaaten jeglicher Eingriffe in ‚freie‘, sich selbst überlassene Märkte enthalten. Ohne zwischen dem problematischen Ist-Zustand mit monopolkapitalistisch vermachteten Märkten und dem Janusgesicht der Staaten als Rechts- und Machtstaaten einerseits und einem denkmöglichen Soll-Zustand mit monopolfreien Märkten und herrschaftsfreien Rechtsstaaten andererseits zu unterscheiden, stellte die Österreichische Schule die real existierenden kapitalistisch vermachteten Märkte als bestmögliche Voraussetzung eines wirtschaftlichen Entdeckungsprozesses dar, in dem kreative, nicht von Staaten gegängelte Unternehmer für neue Entdeckungen und Erfindungen sorgen würden. Sie allein hätten die besondere Fähigkeit, die zukünftigen Bedürfnisse der Verbraucher vorauszusehen und ihre Produktion darauf auszurichten.¹³

Exkurs 1: Auch bei Gesell zeigte sich in seinen letzten Lebensjahren eine zunehmende Aversion nicht nur gegen den kommunistischen Staat,

¹² Silvio Gesell, Professor Dr. Böhm-Bawerks „Positive Theorie des Zinses (1913), in: Gesammelte Werke Band 7, Lütjenburg 1990, S. 279 – 289. – Zweifel an der neoklassischen Theorie äußerten auch Carl Mengers Bruder Anton in: Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung, Stuttgart 1886, und Otto Conrad in: Die Todsünde der Nationalökonomie, Wien 1934.

¹³ Ludwig von Mises, Der freie Markt und seine Feinde – Pseudowissenschaft, Sozialismus und Inflation (1951), Wien 2016.

sondern auch gegen bürgerliche Klassenstaaten. Seine übertriebene, vor allem auf den Einfluss von Max Stirner zurückgehende und in letzter Konsequenz jegliches Recht paralysierende Vorstellung von einem „Abgebauten Staat“ und einer „Akratie“ stellte eine Entgleisung dar und stand im Widerspruch zu seinem übrigen Werk. Sie entsprang allerdings nicht einer rechts-, sondern einer linkslibertären, auf die Herbeiführung von sozialer Gleichheit ausgerichteten Grundhaltung.¹⁴ Unabhängig davon wurde sie später von Gesells Anhängern korrigiert. In Anlehnung an den frühen Ordoliberalismus von Walter Eucken und Franz Böhm entwarfen sie das Ziel, den durch privatwirtschaftliche Macht zu einem kapitalistischen Rechts- und Machtstaat deformierten demokratischen Rechts- und Sozialstaat mit Hilfe von Reformen des Geldwesens, des Boden- und Ressourcenrechts sowie der Unternehmensverfassungen zu einem Macht zerstreuenden Rechtsstaat zu transformieren und Märkte von Monopolen und Oligopolen zu befreien.¹⁵

Der von Gesell hervorgehobene widersprüchliche Doppelcharakter des herkömmlichen Geldes als ein sowohl allen Menschen dienendes Tausch- und Kreditmittel und als ein die Menschen und Märkte auch strukturell beherrschendes Macht- und Herrschaftsmittel existierte für Mises nicht. Dementsprechend unterschied er auch nicht zwischen monopolisierten Märkten mit akkumuliertem und konzentriertem Geld- und Realkapital einerseits und monopolfreien Märkten mit einem dezentralisierten, in vielen kleineren und mittleren Unternehmen breit gestreutem Geld- und Realvermögen andererseits. So fehlte bei Mises auch die notwendige Unterscheidung zwischen über viel Kapital verfügenden Unternehmern und Managern einerseits und kleineren und mittleren Unternehmen in privaten, genossenschaftlichen und öffentlichen Rechtsformen andererseits, welche den Gegensatz zwischen konzentriertem Kapital und eigentumsloser Lohnarbeit überwinden könnten. Anders als Mises in seinem rechtslibertären Hohelied auf ‚staatsfreie‘ Märkte und kreative Unternehmer dachte, ist der Erfindergeist keineswegs nur kapitalstarken

¹⁴ Silvio Gesell, „Der abgebaute Staat“ (1927), in: Gesammelte Werke Band 16, Lütjenburg 1997, S. 252 – 348. – Zum linkslibertären Denken vgl. Peter Vallentyne & Hillel Steiner, Left-Libertarianism and Its Critics - The Contemporary Debate, Basingstoke/UK 2000.

¹⁵ Werner Onken, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung, München 2022, Band 2, S. 583 – 659, bes. S. 648 -653.

(Groß-)Unternehmern und Managern vorbehalten. Außer Mittelständlern könnten auch Lohn- und Gehaltsabhängige Innovationen hervorbringen, wenn sie Chancen für ein selbstständiges und kooperatives Wirtschaften bekämen.

Bei der historischen Entstehung des Geldes spielte Mises zufolge das Gold eine zentrale Rolle. Und im Gegensatz zu Gesell sollte das Gold aus der Sicht von Mises seine frühere Bedeutung für die Sicherung seiner Funktion als Tauschmittel zurückerlangen.¹⁶ Ebenso fremd wie Gesells Einsicht in den widersprüchlichen Doppelcharakter des Geldes war Mises auch die Überlegung, die dienende Tauschmittelfunktion des Papiergeldes zu erhalten und noch zu verbessern, indem ihm sein Charakter als Mittel der Ausübung von struktureller Macht durch eine Reform des Geldes genommen wird.

Wirtschaftliche Krisen führte Mises dementsprechend nicht auf die innere Widersprüchlichkeit und strukturelle Dysfunktionalität des Geldes zurück, sondern auf eine unzweckmäßige Geldschöpfung durch die Zentralbanken und vor allem durch eine staatlich geförderte Kreditexpansion seitens privater Geschäftsbanken. Dadurch entstünden zu viele, die Inflation anheizende und auf das Zinsniveau drückende Kredite aus dem Nichts, was auch die Selbststeuerung der Wirtschaft durch Marktpreise beeinträchtige. Als Mittel zur Konjunkturstabilisierung forderte Mises anstelle einer Strukturreform des Geldes ähnlich dem „100%-Money“ von Irving Fisher und dem späteren „Vollgeld“ von Joseph Huber die Umstellung der Geldschöpfung auf ein System, bei dem Geld durch Gold und Kredite zu 100 % durch Spareinlagen gedeckt sein müssen und bei dem der „natürliche Zins“ niemals gegen null sinken könne. Auch die Forderung von Henry George, leistungslose Bodenrenten zu besteuern und mit den Einnahmen aus einer solchen „Single Tax“ die öffentliche Infrastruktur zu finanzieren, lehnte Mises ab.¹⁷

¹⁶ Vgl. hierzu Andreas Marquart, Die Goldwährung, in: Neues Wiener Tagblatt vom 12.4.2025; auf der Website <https://www.misesde.org/2013/07/die-goldwahrung/>

¹⁷ Ludwig von Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufmittel (1912), Leipzig 2005. – Irving Fisher, 100%-Geld, Kiel 2007. – Joseph Huber & James Robertson, Geldschöpfung in öffentlicher Hand, Kiel 2008. – Zur Kritik an George's Single Tax vgl. Ludwig von Mises, A Dialogue with Georgists, in: Henry George News February/March 1952; auf der Website https://cooperative-individualism.org/mises-ludwig-von_a-dialogue-with-georgists-1952.htm

3 Von Österreich in die USA

Alles in allem setzten sich die Mitglieder der Österreichischen Schule der Ökonomie auf unterschiedliche Weisen von der vorherrschenden Neoklassik ab, weshalb ihre von Mises und Hayek geprägten Anfänge als ein „weitgehend heterogenes Generationenprojekt“ gelten.¹⁸ Weil in Österreich ab 1934 ein autoritärer Ständestaat entstand und auch weil sich Mises durch das deutsche NS-Regime gefährdet sah, emigrierte er nach einer vierjährigen Lehrtätigkeit an der Universität Genf/Schweiz 1940 in die USA. Unter der Leitung des Präsidenten Franklin D. Roosevelt war dort zuvor eine gleichsam keynesianische Wirtschaftspolitik des „New Deal“ betrieben worden, deren Ziel es war, die seit der Großen Weltwirtschaftskrise von 1929 gestiegene Arbeitslosigkeit mit staatlichen Interventionen in die ‚freien‘ Märkte zu bekämpfen. Mises hielt den New Deal für grundfalsch. Erst 1945 erhielt er eine Stiftungsprofessur an der New York University.

Mit dem ebenfalls in die USA emigrierten und dort 1950 verstorbenen österreichischen Ökonomen Joseph Alois Schumpeter verband Mises die Vorstellung von einem Prozess fortwährender technischer Innovationen, die von kreativen Unternehmern auf ‚freien‘ Märkten hervorgebracht werden. Schumpeter sprach in diesem Zusammenhang von einem Prozess der „schöpferischen Zerstörung“. Während er in der Tradition von Marx und Hilferding noch einen Übergang des staatlich organisierten Monopolkapitalismus in eine Sozialistische Produktionsweise erwartete, blieben Mises und seine Nachfolger bei ihrer Verklärung eines nicht staatlich reglementierten Handelns von Unternehmern auf angeblich ‚freien‘, aber de facto monopolistisch vermachteten Märkten. Ohne zwischen wirklich freien und von Mono- und Oligopolen beherrschten Märkten zu unterscheiden, idealisierten Mises und seine Nachfolger die sich selbst überlassene ‚Freiheit‘ der Märkte als ein sich selbst genügendes Grundprinzip des menschlichen Zusammenlebens einschließlich des Wirtschaftens.¹⁹

1949 erschien Mises‘ Hauptwerk „Human Action“. Darin fasste er die Lehren der Österreichischen Schule zusammen und erhob den An-

¹⁸ Friedrun und Georg Quaas, Die Österreichische Schule der Nationalökonomie – Darstellung, Kritiken und Alternativen, Marburg/Lahn 2013, S. 10.

¹⁹ Zum Verhältnis zwischen Mises und Schumpeter vgl. Friedrun und Georg Quaas, Die Österreichische Schule der Nationalökonomie – Darstellung, Kritiken und Alternativen, Marburg/Lahn 2013, S. 85 – 88.

spruch, eine wertfreie Wissenschaft zu betreiben und eine allgemeingültige Theorie des menschlichen Handelns einschließlich des wirtschaftlichen Handelns vorzulegen. Das Handeln insbesondere derjenigen Menschen, die mit unternehmerischen Fähigkeiten begabt sind, führe zur Realisierung ihrer angestrebten Zwecke und diene letztlich auch dem Allgemeinwohl. Mises gehörte der 1947 von Friedrich August von Hayek gegründeten Mont-Pelerin-Society an und trug sehr zu deren ultraliberal-libertärer Ausrichtung bei.²⁰

Hayek, der 1931 nach England übergesiedelt war und an der London School of Economics lehrte, entwickelte Mises' Geld- und Konjunkturtheorie weiter, indem er sich frei bildende Marktpreise als wichtigstes Mittel der dezentralen Selbststeuerung der Märkte analysierte. Bei den in die Preise einkalkulierten Kostenfaktoren machte er jedoch keinen Unterschied zwischen Kostenfaktoren, die auf menschlicher Arbeit und Inanspruchnahme von Naturgütern beruhen, und jenen Kostenfaktoren, die wie Bodenrenten sowie Kapitalzinsen und Dividenden auf leistungsfremden Privilegien beruhen. Ohne Berücksichtigung des dem widersprüchlichen Doppelcharakter des Geldes entsprechenden, in sich widersprüchlichen Doppelcharakters der Preise als Mittel der Übertragung von marktwirtschaftlichen Informationen und kapitalistischen Falschinformationen behauptete Hayek, dass nur eine „spontane Ordnung“ der nicht von staatlichen Interventionen beeinflussten Marktpreise das Wirtschaftsgeschehen optimal selbsttätig steuern könne. Damit wurde er zum wichtigsten Gegenspieler von Keynes, der im Interesse einer kurzfristigen Stabilisierung der von der Weltwirtschaftskrise erschütterten kapitalistischen Marktwirtschaft für staatliche Konjunkturprogramme eintrat. Hayek widersprach Keynes und den Sozialisten in seinem 1944 erschienenen Buch „The Road to Serfdom“ („Der Weg in die Knechtschaft“) und legte darin seine Befürchtung dar, dass staatliche Interventionen in die Märkte wie in der US-amerikanischen Politik des New Deal früher oder später zu totalitären kommunistischen oder nationalsozialistischen Systemen mit zen-

²⁰ Zur Österreichischen Schule vgl. auch die Darstellung ihres Anhängers Rahim Taghizadegan, Alles, was Sie über die Österreichische Schule der Nationalökonomie wissen müssen, München 2017. - Zur Mont-Pelerin-Society vgl. Matthias Schmelzer, Freiheit für Wechselkurse und Kapital – Die Ursprünge neoliberaler Währungspolitik und die Mont-Pelerin-Society, Marburg/Lahn 2010.

tral verwalteter Planwirtschaft und politischer Knechtschaft führen müssten.²¹

Nach seiner Übersiedlung in die USA 1949 war Hayek an der University of Chicago tätig und wehrte weiterhin keynesianische oder gar sozialistische Vorstellungen ab, indem er seine Geld-, Preis- und Konjunkturtheorie in seinem Buch „Counter-Revolution of Science“ (1955) um sozialphilosophische Überlegungen erweiterte. Letztlich blieb er bei seiner keineswegs falschen Überzeugung, dass sich ein hochkomplexes arbeitsteiliges Wirtschaften nicht durch staatliches Handeln rational steuern lässt, weil die dafür erforderlichen Informationen bei den wirtschaftenden Menschen weit verstreut sind und sich nicht zentral im Superhirn einer staatlichen Bürokratie verarbeiten lassen. Aber Hayek ignorierte eine entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren der dezentralen Selbstorganisation freier Märkte: nämlich die Beseitigung jeglicher den Leistungswettbewerb verzerrender Privilegien durch eine Macht zerstreuende Rechtsordnung.

Während Keynes sich zumindest auf längere Sicht ansatzweise einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel“ vorstellen konnte, bei dem die herkömmliche monopolkapitalistisch deformierte Marktwirtschaft mit Hilfe der Geld- und Bodenreformen von Henry George und Silvio Gesell in eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ übergeht²², verstärkte Hayek seine genau genommen nicht ‚marktradikale‘, sondern radikal marktwirtschaftlich-kapitalistische Laissez-faire-Grundhaltung im Bereich der Geld- und Währungspolitik später noch zu einer rechtslibertären Forderung nach einer „Entnationalisierung des Geldes“ (1976). Den Zentralbanken attestierte er eine Unfähigkeit, den Geldwert zu stabilisieren, und plädierte deshalb für eine Abschaffung der Zentralbanken und ihren Ersatz durch ein System von privaten Währungen, die von miteinander konkurrierenden Geschäftsbanken herausgegeben werden sollten. Von

²¹ Aus einem anderen, stärker mit Keynes verwandten Blickwinkel unterzog auch der italienische Ökonom Piero Sraffa die Preistheorien von Mises und Hayek einer grundsätzlichen Kritik: https://en.wikipedia.org/wiki/Sraffa%E2%80%93Hayek_debate

²² John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936), Berlin 1976, S. 298 – 318, hier: S. 317. – Zu Keynes' Kurz- und Langfristperspektiven vgl. Werner Onken, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung, München 2022, Band 2, S. 476 – 524. Zu den Geld- und Bodenreformen als Weg zu einer Systemtransformation müssten noch die vom frühen Ordoliberalismus vorgeschlagenen Reformen hinzukommen. Vgl. dazu Werner Onken, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus Band 2, S. 583 – 660.

einer solchen Währungskonkurrenz versprach sich Hayek eine Disziplin der Geschäftsbanken, ihre jeweiligen Währungen zu stabilisieren.²³

Um die Mitte der 1970er Jahre verlieh die Schwedische Reichsbank den halben Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften an Hayek (die andere Hälfte erhielt der eher noch staatsinterventionistisch orientierte schwedische Ökonom Gunnar Myrdal) und öffnete damit das Tor zur wissenschaftlichen Legitimierung der die internationalen Finanzmärkte entesselnden Ideologien des Neo- und Paläoliberalismus. Nach dem Umsturz der sozialistischen Regierung von Salvador Allende zur faschistischen Diktatur von Auguste Pinochet wurde Chile zum ersten Experimentierfeld für die Realisierung dieser Ideologien. Bald darauf setzten auch konservative Regierungen unter Margret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA diese Ideologien in eine praktische Politik der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung um. Im Zuge dieser Fehlentwicklung fanden schließlich auch rechtslibertäre Vorstellungen eine weite Verbreitung, die noch stärker auf nicht staatlich reglementierte kapitalistisch deformierte Märkte ausgerichtet waren.

Mit dem ebenfalls der Mont-Pelerin-Society angehörenden Ökonomen und Philosophen Murray Rothbard (1926-1995) fand Mises in den USA seit den 1950er Jahren einen Unterstützer, der die Radikalisierung der Staatskritik der paläoliberalen Österreichischen Schule der Ökonomie bzw. der aus ihr in den USA hervorgegangenen „New Austrians“ zu einer extrem rechtslibertären Staatsfeindlichkeit noch verstärkte. Beeinflusst von Mises' Werken, insbesondere von „Human Action“, postulierte Rothbard ein extrem individualistisches Recht eines jeden Menschen am eigenen Körper, am eigenen Privateigentum und am freien Austausch seiner Arbeitsprodukte. Und in jeglichen Formen von Staatlichkeit sah er unzulässige Angriffe auf diese ‚naturegegebene‘ Freiheit. Diese absolut gesetzte Freiheit des Einzelnen müsse Rothbard zufolge gegen jegliche egalitären Bestrebungen verteidigt werden. Und sie könne nur durch eine völlige Entstaatlichung verwirklicht werden, denn Staaten seien per se Kleptokratien und Steuern stellten immer eine Ausplünderung von Individuen dar, um u.a. Kriege führen zu können. Auch die ‚öffentliche‘ Infrastruktur, Polizei und Justiz sowie das Militär wollte Rothbard privatisieren. „Der eigenverantwortlich handelnde Mensch“, so formulierte es Ste-

²³ Vgl. hierzu Friedrun und Georg Quaas, Die Österreichische Schule der Nationalökonomie, Marburg/Lahn 2013, S. 166 – 176.

fan Blankertz in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe von Rothbards „Libertärem Manifest“, „schafft durch Absprachen und Verträge auf freiwilliger Basis auch alle notwendigen sozialen Einrichtungen, seien es Gerichte und Polizei oder Schulen und Kulturinstitutionen. Der Staat dagegen ist für Rothbard immer ein Eindringling in die Freiheit“ und er sei ausschließlich in der Form einer „oligarchischen Herrschaft“, aber nicht in der Form eines herrschaftsfreien Rechtsstaats denkbar.²⁴

Die Große Weltwirtschaftskrise, die eine Deflationskrise war, führte Rothbard in seinem Buch „America’s Great Depression“ (1973) auf eine inflationäre (!) Geldpolitik der Zentralbanken während der 1920er Jahre und auf eine nach dem Börsencrash vom Oktober 1929 begonnene staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik zurück. Auch in seinen Analysen der nach dem Zweiten Weltkrieg aufgetretenen Konjunkturzyklen und Krisen blieb Rothbard bei seiner Ansicht, dass „die staatliche Kontrolle über die Geldmenge notwendig inflationär“ sei. Immer seien es die Staaten gewesen, die mit ihrer Geldpolitik und mit ihren Interventionen in die ‚freien‘ Märkte eine wirtschaftliche Stabilität verhindert hätten. Deshalb „soll der Staat nach der Österreichischen Analyse der Depression und des Konjunkturzyklus absolut nichts tun. Er soll ... eine strikte Politik des Laissez-faire befolgen. ... Je weniger er tut, desto schneller werden die Anpassungsprozesse des Marktes wirken und eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung einsetzen.“²⁵

Henry George’s „Single tax“ als Mittel zur Vergesellschaftung der leistungslosen Bodenrenten und der Finanzierung einer öffentlichen Infrastruktur lehnte Rothbard wie schon Mises entschieden ab und rechtfertigte das private Bodeneigentum in Anlehnung an John Locke als etwas durch menschliche Arbeit rechtmäßig Erworbenes.²⁶ Und ähnlich wie Hayek hatte Rothbard auch nicht den dem herkömmlichen Geld innewohnenden Doppelcharakter als dienendes Tausch- und Kreditmittel einerseits und als strukturelle Herrschaft ausübendes Machtmittel andererseits als tiefere Ursache für die kapitalistische Perversion der Märkte und

²⁴ Stefan Blankertz im Vorwort zu Murray Rothbard, Eine neue Freiheit – Das libertäre Manifest (1978), Berlin 1999, S. 9. – Murray Rothbard, Eine neue Freiheit – Das libertäre Manifest, Berlin 1999, S. 59 (Staat per se als Oligarch und Anti-Egalitarismus) sowie 81 – 82 und 86 – 88 (Kritik am Vietnam-Krieg).

²⁵ Murray Rothbard, Eine neue Freiheit – Das libertäre Manifest (1978), Berlin 1999, S. 177, 185 und 191.

²⁶ Vgl. hierzu Murray Rothbard, Eine neue Freiheit – Das libertäre Manifest (1978), Berlin 1999, S. 43 und 46 sowie die Website <https://mises.org/mises-wire/murray-rothbard-and-henry-george>

deren Krisenanfälligkeit im Blick. Stattdessen erschien ihm die staatliche Hoheit über das Geldwesen als das eigentliche Übel, das durch eine „vollständige Verbannung des Staates aus dem Geldwesen“ und durch die Einführung eines „freien Geldmarkts“ mit einer Vielfalt von privat emittierten, durch Gold und Silber gedeckten Währungen überwunden werden sollte. Die Steuerung der Gesamtmenge dieser privaten Währungen wollte Rothbard „dem freien Markt überlassen“. Papierene Geldsubstitute wollte er nur als „Belege für die Deponierung von Metallen in Geldlagerhäusern“ zulassen. Im diametralen Gegensatz zu den Geldreformvorschlägen von Gesell und Keynes betrachtete Rothbard es als Vorteil von Metallwährungen, dass sie „aufbewahrt werden“ könnten. Die zeitweise Hortung von Geld als Krisen begünstigender Ausfall von „wirksamer Nachfrage“ (Keynes) war für Rothbard nur ein unbedenkliches Zeichen der Unsicherheit in der Wirtschaft. „Geld ist genauso nützlich, wenn es ‚untätig‘ in irgendeiner Kasse liegt.“²⁷

Schließlich plädierte Rothbard für „mehr wirtschaftliches Wachstum und nicht weniger. ... Verbesserte Technologie und größere Kapitalinvestitionen werden zu einem höheren Lebensstandard für alle führen.“ In einer „wirklich libertären Wirtschaft“ sollten sich Rothbard zufolge auch sämtliche natürliche Ressourcen in privatem Eigentum befinden. Eine übermäßige Nutzung von Ressourcen führte er einzig und allein auf ein „Versagen des Staates“ zurück. Die Warnungen des Club of Rome vor natürlichen „Grenzen des Wachstums“ hielt Rothbard für einen Ausdruck einer „ungesunden Philosophie der heutigen Umweltschützer“.²⁸

Der Ökonom Israel Kirzner (*1930), der ebenfalls zum Kreis von Mises' rechtslibertären Schülern gehörte, stand von allen „Austrians“ der neoklassischen Standardökonomie noch am nächsten und bemühte sich um Weiterentwicklungen von Mises' Preis- und Kapitaltheorien. In Anknüpfung an Hayeks Verständnis des Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren verharmloste Kirzner in seinem Buch „Competition and Entrepreneurship“ (1978) marktbeherrschende Monopole als bloß kurzfristige Begleiterscheinungen von unternehmerischer Kreativität und von Produktinno-

²⁷ Murray Rothbard, Das Schein-Geld-System – Wie der Staat unser Geld zerstört, Gräffling 2000, S. 14, 34 – 35, 43 – 45 und 107 – 109. – Murray Rothbard, Eine neue Freiheit – Das libertäre Manifest (1978), Berlin 1999, S. 191 (Rückkehr zu einem durch Gold oder Silber gedeckten Geld).

²⁸ Murray Rothbard, Eine neue Freiheit – Das libertäre Manifest (1978), Berlin 1999, S. 238 - 239 (Wachstum, Club of Rome) und 253 (Versagen des Staates, ungesunde Philosophie der heutigen Umweltschützer).

vationen. Die längerfristige Existenz von Monopolen führte er nicht auf die Akkumulation und Konzentration von leistungslosen Einkommen aus Bodenrenten sowie Kapitalzinsen und Dividenden zurück, sondern nur auf staatliche Interventionen in ‚freie‘ Märkte.

Als weiterer Ökonom der Österreichischen Schule, der am „Mises Institute“ und an der University of Nevada lehrte, stand Hans-Hermann Hoppe (*1949) der neoklassischen Standardökonomie wie Rothbard noch sehr viel kritischer gegenüber als Kirzner. Und in Anlehnung an Rothbard radikalisierte Hoppe die rechtslibertäre Kritik am Staat bis zu einer noch weit über liberale Ideen von einem Minimalstaat hinausgehenden Vorstellung von einer ausschließlich auf privatem Handeln beruhenden Gesellschaft ohne Staat.

Hoppes Staatskritik wendete sich nicht nur wie Mises‘ „Gemeinwirtschaft“ oder wie Hayeks „Weg in die Knechtschaft“ gegen totalitäre Staaten, sondern auch gegen demokratische Rechts- und Sozialstaaten. Sein Buch „Demokratie – Der Gott der keiner ist“ (2001) stellte einen Frontalangriff gegen jede Form von Staatlichkeit dar. Demokratie könne es weder in Familien noch in Kirchen, weder in den Wissenschaften oder in der Wirtschaft und auch nicht in der Gesellschaft geben. Der Versuch, nach dem Untergang der Monarchien in Deutschland und Österreich-Ungarn gegen Ende des Ersten Weltkriegs Demokratien aufzubauen, habe Hoppe zufolge zu einer „Entzivilisierung“ der Gesellschaften geführt. Monarchien seien besser als Demokratien, weil Monarchen sorgfältiger mit ‚ihrem‘ gesamtgesellschaftlichen Eigentum umgehen würden als demokratisch gewählte Politiker, die ihnen nicht persönlich gehörendes öffentliches Eigentum nur verwalten und dabei dem Einfluss von Lobbyisten ausgesetzt sind.

Letztlich seien aber sowohl Demokratien als auch Monarchien ungeeignete Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, weil sie beide die Existenz von Staaten voraussetzen. Im Gegensatz dazu wollte Hoppe die moderne Verbindung von Marktwirtschaft und liberaler Demokratie völlig zugunsten einer „Freiheit statt Demokratie“ auflösen. Nach einer Abschaffung der Staaten sollten die Menschen Hoppe zufolge in einer „natürlichen Ordnung“ leben, in der es nur noch Privatpersonen gibt, die über privates Eigentum verfügen und ihre zwischenmenschlichen Austauschbeziehungen in vollständiger Autonomie mit privaten Währungen

vollziehen. In führende Positionen können Hoppe zufolge einzelne Menschen dann nicht länger durch politische Wahlen oder ihre adlige Herkunft gelangen, sondern nur noch durch die freiwillige Anerkennung ihrer „natürlichen Autorität“, die sie sich durch ihre „überlegenen Leistungen hinsichtlich Vermögen, Weisheit, Mut oder einer Kombination davon“ erwerben. Zum Credo von Rothbards und Hoppes „Anarchokapitalismus“ gehört nicht zuletzt die strikte Forderung nach einer Null-Toleranz gegenüber Demokraten und Kommunisten; sie seien „physisch zu entfernen und auszuweisen“.²⁹ Doch wohin?

Exkurs 2: Sowohl Hayeks Vorstellung einer „spontanen Ordnung“ als auch Rothbards Vorstellung einer von jeglichem Staatshandeln befreiten „natürlichen“ Selbstorganisation der kapitalistischen ‚freien‘ Märkte und Hoppes Bild einer „natürlichen Ordnung“ weisen auf den ersten Blick eine Ähnlichkeit mit dem Titel von Silvio Gesells Hauptwerk „Die Natürliche Ordnung der Wirtschaft durch Freiland und Freigeld“ auf. Bei näherem Hinsehen wird jedoch der entscheidende große Unterschied zwischen dem klassisch-liberalen und libertären Laissez-faire-Prinzip und Gesells Auffassung sichtbar, dass die Märkte durch rechtsstaatliche Geld- und Bodenreformen von ihrer bisherigen monopolkapitalistischen Deformation befreit werden müssen, damit ihre Selbstorganisation auf der Grundlage einer von jeglichen Privilegien befreiten Preisbildung und von einer strukturell freien und sozialen Gleichheit vonstattengehen kann. „Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist“, so heißt es gleich zu Beginn des Vorworts zu Gesells Hauptwerk, „kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepasst ist. Es handelt sich nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat und zwar eine bewusste und gewollte Tat.“³⁰ Damit unterscheidet sich Gesells Reformansatz trotz der linkslibertären Tendenzen in seinen späten Schriften grundlegend von rechtslibertären Laissez-faire-Ideologien. Eher weist er eine Ver-

²⁹ Hans Hermann Hoppe, *The God that failed* (2001/2007); auf der Website https://www.riosmauricio.com/wp-content/uploads/2013/04/Hoppe_Democracy_The_God_That_Failed.pdf Deutsche Ausgabe unter dem Titel „Demokratie – Der Gott der keiner ist“, Waltrop/Leipzig 2003. Vgl. auch Hans Hermann Hoppe, *Der Wettbewerb der Gauner – Über das Unwesen der Demokratie und den Ausweg in die Privatrechtsgesellschaft*, Berlin 2012.

³⁰ Silvio Gesell, Vorwort zur 3. Auflage der *Natürlichen Wirtschaftsordnung*, in: *Gesammelte Werke* Band 11, Lütjensburg 1991, S. XV.

wandtschaft mit dem frühen Ordo-Liberalismus von Walter Eucken und Franz Böhm auf. Dessen spätere Kapitulation vor einer monopolkapitalistischen Vermachtung der ‚freien‘ Märkte wäre vermeidbar gewesen, wenn er rechtzeitig mit den Geld- und Bodenreformen verbunden worden wäre.³¹

Hoppe ist Redaktionsmitglied und Mitarbeiter der seit 1998 erscheinenden rechtslibertären Zeitschrift „eigentümlich frei“. Und in der Absicht, die aus seiner Sicht noch nicht genügend radikale Mont-Pelerin-Society verdrängen zu können, gründete er im Jahr 2006 eine „Property and Freedom Society“ mit Sitz in der Türkei. Sowohl die „Property and Freedom Society“ als auch „eigentümlich frei“ vernetzen Rechtslibertäre, Konservative und Rechtsextremisten zu einem internationalen Netzwerk, das die Identität weißer Christen durch multikulturelle Einwanderung und political correctness bedroht sieht. Als Zwischenschritte auf dem Weg zur Abschaffung der Staaten werden in diesen Kreisen ihre Verschlinkung durch Kürzungen von Sozial-, Kultur- und Wissenschaftshaushalten, Angriffe auf öffentlich-rechtliche Medien und Sezessionen wie zum Beispiel ein Austritt des US-Bundesstaates Texas aus den USA oder die Bildung von Zwerg- und Stadtstaaten wie Luxemburg, Monaco, Liechtenstein oder Singapur diskutiert, die sodann – im Gegensatz zu linkslibertären Aussteigerprojekten wie dem Freistaat Christiania in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen³² – zu rechtsfreien Räumen für private Unternehmen und Steueroasen werden können.³³

Der linke Libertarismus und viel stärker noch die rechtslibertäre Ideologie des Anarcho-Kapitalismus von Rothbard, Hoppe und anderen wurzeln letztlich in einer fundamentalen Fehleinschätzung der Funktionsmängel des modernen Staates. Statt dieses Staatsversagen als Folgeer-

³¹ Vgl. hierzu Werner Onken, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus - Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung Band 2, München 2022, S. 583 – 660.

³² Vgl. hierzu Ulrich Sonnenschein, Idealisten, Dealer und Verrückte - Im Zentrum Kopenhagens lebt der Freistaat Christiania nach eigenen Regeln; in: Joachim Meißner & Dorothee Mayer-Kahrweg & Hans Sarkowicz (Hrsg.): Gelebte Utopien - Alternative Lebensentwürfe, Frankfurt/M. 2001, S. 296 - 313.

³³ Quinn Slobodian, Kapitalismus ohne Demokratie – Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen, Berlin 2023. – Andreas Kemper, Im Kampf gegen den Staat – Das Netzwerk der sogenannten Libertären paktiert mit Rechten und Verschwörungstheoretikern, Interview mit Dominik Lenze, in: ZEIT-Online vom 7.10.2021; auf der Website <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-09/libertarismus-radikales-netzwerk-zusammenarbeit-rechtsradikale-verschwörungstheoretiker-andreas-kemper-interview>

scheinung einer im in sich widersprüchlichen kapitalistischen Geld wurzelnden Deformation des Staates zu einem in sich ebenfalls widersprüchlichen Rechts- und Machtstaat zu erkennen, betrachten sie die Symptome der wirtschaftlichen Krisen wie die Arbeitslosigkeit, die Inflation und die Staatsverschuldung letztlich undifferenziert als Folge der Existenz von Staaten als solchen. Dabei ignorieren sie die Tatsache, dass das herkömmliche Geld nicht nur zu einem Staatsversagen, sondern auch zu einem eklatanten Marktversagen führt. Insofern stellt der Glaube an die Möglichkeit einer vollkommen staatenlosen Gesellschaft von Privateigentümern und privaten Aktiengesellschaften eine gefährliche, die Selbststeuerungsfähigkeit ‚freier‘ kapitalistisch deformierter Märkte maßlos überschätzende Illusion dar.

Wohin diese Illusion führt, zeigen die Vorstellungen von Rechtslibertären, dass die zukünftige Entwicklung über die Aufspaltung bestehender Staaten in viele Klein- und Stadtstaaten hinaus in die Richtung einer Entstehung von vielen ethnisch homogenen lokalen oder regionalen Gemeinschaften weitergehen sollte. Nachdem Mises den Individualismus noch gegenüber rassistischen Ideologien abgegrenzt hatte, verbanden spätere Rechtslibertäre ihren radikalisierten Individualismus zunächst mit kulturell-konservativen und dann mit offen rassistischen Vorstellungen. So läuft die rechtslibertäre Ideologie des Anarcho-Kapitalismus mit ihrer Mischung aus „staatslosem Libertarismus und rassifizierter Sezession“ in letzter Konsequenz auf die Rückabwicklung des Zeitalters der Moderne und auf eine Wiederkehr archaischer Stammesgesellschaften auf einem im Vergleich zur Vormoderne höheren ökonomisch-technischen Niveau hinaus. „Rothbard hatte gefordert, das 20. Jahrhundert rückgängig zu machen. Hoppe ging noch weiter: Er wollte das zweite Jahrtausend rückgängig machen.“ (Quinn Slobodian³⁴)

4 Internationale Ausbreitung der „New Austrians“

Im Gefolge von Mises und Hayek bildeten Rothbard, Kitzner und Hoppe zwar kein in sich geschlossenes monolithisches Gedankensystem; aber trotz einiger Unterschiede zwischen ihren Denkweisen stimmten sie so weit miteinander überein, dass sie zu den einflussreichsten Vordenkern

³⁴ Vgl. hierzu Quinn Slobodian, Staat ohne Macht – Die Geburt des Anarchokapitalismus aus dem Geist des Rechtsradikalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1/2024, S. 65 – 77; hier: S. 75 - 77.

der rechtslibertären Ideologie des Anarcho-Kapitalismus wurden. Zur weltweiten Verbreitung ihrer obendrein noch antifeministischen und anti-ökologischen Ideologie trägt das schon 1982 im südlichen US-Bundesstaat Alabama von dem Ökonomen Lew Rockwell gegründete „Ludwig von Mises Institute for Austrian Economics“, abgekürzt „Mises Institute“, bei. Dieser Think Tank gilt als „Flaggschiff der radikalsten Strömung des Libertarismus“.³⁵ Zusammen mit weiteren davon unabhängigen, aber ideologisch verwandten Mises-Instituten in Brüssel und München bildet es ein internationales Netzwerk zur Verbreitung von marktradikalen und rechtslibertären Denkmustern, das wiederum mit anderen konservativen und rechtsextremistischen Think Tanks wie der Heritage Foundation und dem Cato-Institut sowie mit dem Center for Libertarian Studies und der Libertarian Party der USA vernetzt ist.

Bislang gibt es weder von Seiten der rechtslibertären „Austrians“ noch von Seiten der Anhänger von Gesells Denkansatz einer Geld- und Bodenreform detaillierte Studien über ihre ganz und gar unterschiedlichen und nicht miteinander zu vereinbarenden Auffassungen von Liberalismus. Unmittelbar nach dem Beginn der internationalen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise im Herbst 2008 wies der zu den „Austrians“ gehörende österreichisch-iranische Ökonom Rahim Taghizadegan die auf der Existenz von Rechtsstaaten gründenden Geld- und Bodenreformansätze zurück. Für ihn waren diese Reformen inakzeptabel, weil Gesell „trotz mancher anarchischer Sympathien ... den Staat als einzig wirksames Instrument sieht“ und weil er „keinen friedlichen Währungswettbewerb“ anstrebte. Und die Bodenreform war für Taghizadegan „nichts anderes als die gewaltsame Enteignung allen Bodens. ... Wie fast alle Utopien, erweist sich auch diese letztlich als schlimmster Totalitarismus.“³⁶

Das deutsche Mises-Institut war lange Zeit mit dem Unternehmer und Milliardär August von Finckh jr. verbunden und wird von dem Ökonomie-Professor Thorsten Polleit geleitet, der vor seiner akademischen Tätigkeit im internationalen Investmentbanking und im internationalen Handel mit Gold und anderen Edelmetallen tätig war, u.a. als Chefvolkswirt der

³⁵ Quinn Slobodian, Staat ohne Macht – Die Geburt des Anarchokapitalismus aus dem Geist des Rechtsextremismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1/2024, S. 69; auf der Website <https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/januar/staat-ohne-macht>

³⁶ Rahim Taghizadegan, Eine kritische Überprüfung von Freiwirtschaft, Zinskritik und Schwundgeld nach Silvio Gesell, Wien 2008; auf der Website <https://web.archive.org/web/20100705045251/http://www.wertewirtschaft.org/analysen/Freiwirtschaft.pdf>

Degussa Goldhandel GmbH.³⁷ Wie Mises ist auch Polleit ein Befürworter des historisch längst überholten Goldstandards und wie Hayek befürwortet auch er eine Abschaffung der staatlichen Einheitswährung zugunsten eines ‚freien‘ Wettbewerbs zwischen privaten Währungen und Kryptowährungen.³⁸ Erst recht liegt ihm der Gedanke fern, staatliche Einheitswährungen im Sinne der Vorstellungen von Gesell und Keynes so zu reformieren, dass die Inflationsraten auf konstant null sinken und dass die Zinssätze für kurz-, mittel- und langfristiges Geld in geringer Bandbreite um null pendeln können. Die Ära der Null- und Negativzinsen von 2014 bis 2022 war auch aus der Perspektive der Geld- und Bodenreform noch mit zwei großen Mängeln behaftet: zum einen betrieben die Zentralbanken eine problematische Politik des Quantitativ Easing statt dem Geld eine kontinuierliche Liquiditätsgebühr aufzuerlegen, wie es Gesell und Keynes vorgeschlagen hatten; und zum anderen unterließen die Regierungen eine Reform des Bodenrechts, die notwendig gewesen wäre, um unter den Bedingungen von Null- oder gar Negativzinsen eine Immobilienblase zu verhindern.³⁹ Unabhängig davon verdammt Polleit diese Ära als „Untergang der freien Marktwirtschaft“ und als einen „Krieg gegen unsere Ersparnisse“.⁴⁰

³⁷ Vgl. die Selbstdarstellung des Mises-Instituts auf seiner Website <https://www.misesde.org/uber-den-autor/> und die Angaben zu Thorsten Polleit auf der Website <https://www.misesde.org/2011/09/polleit-thorsten/>

³⁸ Thorsten Polleit, Geldreform – Vom schlechten Staatsgeld zum guten Marktgeld, München 2014. - Thorsten Polleit, Gutes Geld braucht freien Wettbewerb, Gastkommentar in: Capital vom 13.11.2014; auf der Website <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/gutes-geld-braucht-freien-wettbewerb-3030>

³⁹ Dirk Löhr, Negativzinspolitik – Die EZB als jene Kraft, die Gutes will und doch das Böse schafft?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 184./185. Folge 2015, S. 57 – 69; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>. - Dirk Löhr, Boden – Die verkannte Umverteilungsmaschine, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 198./199. Folge 2018, S. 3 – 19; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>. – Vgl. außerdem Werner Onken, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung Band 3, München 2022, S. 961 – 983.

⁴⁰ Thorsten Polleit, Negativzinsen sind der Untergang – Zentralbank beendet die freie Marktwirtschaft, in: FOCUS vom 17.8.2019; auf der Website https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/negativzinsen-sind-der-untergang_id_11026856.html. – Spitzen-Ökonom Polleit, Es läuft ein Krieg gegen unsere Ersparnisse. In: FOCUS vom 30.1.2021; auf der Website https://www.focus.de/finanzen/boerse/nullzinspolitik-und-geldschwemme-spitzen-oekonom-polleit-es-laeuft-ein-krieg-gegen-unsere-ersparnisse_id_12927828.html. – Vgl. außerdem die Abwehr von Gesells Reformvorschlag im Interview von Thorsten Polleit mit dem Ökonomen Franz Seitz auf der Website <https://www.misesde.org/2019/02/das-bestreben-das-bargeld-zu-entwerten/>

5 Das Silicon Valley als rechtslibertäres Eldorado für ‚freie und kreative‘ Pionier-Unternehmer und Tech-Monopole ...

So wie die Kohlenreviere im Norden Englands, im Ruhrgebiet und in Oberschlesien früher einmal die Hotspots der Schwerindustrien waren und wie die Stadt Detroit im US-Bundesstaat Michigan einmal der bedeutendste Standort der Automobilindustrie war, so wurde das Silicon Valley südlich von San Francisco an der US-amerikanischen Westküste nach 1945 zum wichtigsten Schauplatz der elektronischen und digitalen Revolution. Der Name leitet sich vom chemischen Element Silicium ab, einem Grundbaustein der Halbleiter- und Computertechnik, von dem sich im Silicon Valley große Mengen fördern ließen.

Mit der berühmten Stanford University bei Palo Alto und der benachbarten Berkeley University als Zentren naturwissenschaftlich-technischer Forschungen wurde das Silicon Valley zur Arena für innovative Startup-Unternehmen und zum Ausgangspunkt der mittlerweile die ganze Welt umspannenden IT-Wirtschaft. Schnell erlangte es den weltweiten Ruf, ein Eldorado des von neoliberalen und rechtslibertären Ökonomen ebenso wie von Schumpeter gleichermaßen hochgepriesenen ‚freien‘ Unternehmertums und des ‚freien‘ Wettbewerbs zu sein. Das Silicon Valley genoss den Nimbus, eine freiheitliche, geradezu antiautoritär-individualistische Region par excellence zu sein, in der kreative und obendrein noch philanthropisch eingestellte Unternehmer innovative Lösungen für nahezu alle Probleme der Welt finden. Im Gefolge der sehr optimistisch eingeschätzten Möglichkeiten der Kybernetik versprachen vor allem die im Silicon Valley entwickelten modernen Computer-, Software- und Internettechnologien, ideale Mittel eines herrschaftsfreien Austausches von Informationen zwischen weltweit vernetzten Menschen und ein Mittel zu sein, staatliche Bürokratien überflüssig zu machen und die Welt in einen besseren Ort zu verwandeln.⁴¹

In Wirklichkeit war die High-Tech-Region des Silicon Valley jedoch von Anfang an alles andere als ein staatsferner oder gar staats- und herrschaftsfreier Raum und kein Musterbeispiel einer ‚freien‘ Marktwirtschaft. Die „kalifornische Vision der Gesellschaft und ihres politischen Systems als eine libertär-antietatistische Utopie“ und der „unbedingte Glaube an

⁴¹ Vgl. Manuel Castells, Die Internet-Galaxie, Berlin 2. Aufl. 2021, S. 71.

die Fortschrittsbringende Kraft der Technologie“ erwiesen sich in mehrfacher Hinsicht als ein folgenschwerer Irrglaube.⁴²

Das Technologiezentrum im Silicon Valley war von Beginn an ein Produkt staatlich-politischen Handelns. Neben den Geheimdiensten und dem Pentagon waren daran sowohl Rüstungs- und Raumfahrtunternehmen als auch zivile Industrien beteiligt. Nach dem 1942 begonnenen „Manhattan-Project“ zur Entwicklung der Atombombe wurde das Silicon Valley während der Jahrzehnte des Kalten Krieges mit dem militärstrategischen „ARPANET“ als Vorläufer des späteren zivilen Internets zunächst das Herzstück eines „cyber-militärischen Komplexes“.⁴³ Die Befürchtung, dass es nach dem zivilen Wiederaufbau Europas in den frühen Nachkriegsjahren mittel- und langfristig zu Sättigungstendenzen und Stagnationskrisen auf den Weltmärkten kommen könnte, veranlasste Ökonomen ab den 1950er Jahren zur Entwicklung von Wachstumstheorien. Als Postkeynesianer hoben Roy Harrod & Evsay Domar die Bedeutung der Nachfrage für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum hervor, während der Neoklassiker Robert Solow technologische Innovationen als Hauptantriebskraft des Wirtschaftswachstums ausmachte. Jährliche Wachstumsraten von mehreren Prozent zu erreichen, wurde fortan zum obersten Gebot der Wirtschaftspolitik und dementsprechend wurde die Entwicklung technologischer Innovationen mit privatem Risikokapital und staatlichen Subventionen vorangetrieben.

Die Erfolgsgeschichten der Tech-Konzerne werden zumeist auf das kreative und innovative Unternehmertum ihrer Gründer zurückgeführt; doch wurde alles, was zum Beispiel „das iPhone smart macht“, Maria Mazzucato zufolge „durch öffentliche Gelder gefördert. ... Das Internet, GPS, die Touchscreen, Siri, der persönliche Assistent, all das gibt es nur durch öffentliche Gelder. In der herkömmlichen Erzählung über die Un-

⁴² Julian Dörr & Olaf Kowalski, Die politische Ideologie des Silicon Valley, in: Udo di Fabio & Julian Dörr & Olaf Kowalski, Made in California, Tübingen 2022, S. 33. - Oliver Nachtwey & Tino Seidl, Die Ethik der Solution und der Geist des digitalen Kapitalismus, Institut für Sozialforschung IfS – Working Papers #11/2017, S. 27 – 28; auf der Website <https://www.ifs.uni-frankfurt.de/publikationsdetails/ifs-oliver-nachtwey-und-timo-seidl-die-ethik-der-solution-und-der-geist-des-digitalen-kapitalismus.html>

⁴³ Vgl. hierzu Michael Friedewald, Vom Experimentierfeld zum Massenmedium – Gestaltende Kräfte in der Entwicklung des Internets; in: Technikgeschichte 67 Jg. (2000), Nr. 4, S. 331 – 361. - Daniel Leisegang, Der cyber-militärische Komplex – Die dunkle Seite des Silicon Valley, in: Wissenschaft & Frieden Nr. 2/2015; auf der Website <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/der-cyber-militaerische-komplex/>

ternehmensgeschichte wird dieser staatliche Anteil völlig ausgeblendet. Und die Gewinne behalten sie schön für sich“, weitgehend unversteuert.⁴⁴ Letztlich ging es bei alledem darum, möglichen Sättigungs- und Stagnationstendenzen entgegenzuwirken und im Sinne von Schumpeters „schöpferischer Zerstörung“ unaufhaltsam militärische und zivile Innovationen hervorzubringen, um fortwährend neue Wachstumsfelder für rentable Anlagemöglichkeiten suchendes Geldvermögen zu erschließen.⁴⁵

Auf diese Weise sollte also die auf dem in sich widersprüchlichen, sowohl dienenden als auch strukturell herrschenden kapitalistischen Geld und der Kommerzialisierung aller natürlichen Lebensgrundlagen beruhende marktwirtschaftlich-kapitalistische Geldvermehrungs- und Wachstumsmaschinerie in Gang gehalten werden. Hinter ihrer Fassade des optimistischen Fortschrittsglaubens verbarg sich jedoch ein Streben nach einer Fortsetzung der alten Ausbeutung von Menschen und Natur und deren neuer Ausbeutung durch die bislang schon herrschenden Eliten und mehr noch durch eine neue Elite der Tech-Milliardäre. Gemäß der „Mathematik der zinstragenden Währung“ wird – so der Medienwissenschaftler Douglas Rushkoff – „alles darauf ausgelegt, dass mehr zurückgezahlt wird, als geborgt wurde. ... Das blinde Wachstumsstreben begünstigt bis heute die unablässige Herrschaftskultur.“ Das Wachstum wurde zu einem unangefochtenen „neuen Ethos“. So hat Rushkoff zufolge das „heutige Unternehmertum ... weniger mit der Produktinnovation als mit der Innovation des wachstumsfixierten Geschäftsmodells zu tun.“ Und was der Ökonom Joseph A. Schumpeter schönfärberisch als „kreative Zerstörung“ bezeichnete, kritisiert Rushkoff zutreffend als „zerstörerische Zerstörung, die als unvermeidlicher Bestandteil des Fortschritts gerechtfertigt wird.“ Und für entscheidend hält es Rushkoff dabei, „dass das Land nicht mehr als lebendes Ökosystem der Erde, sondern als eine abstrakte Tauscheinheit betrachtet wurde. ... Land wird zu Eigentum, Eigentum wird zu Hypothekarkrediten, Hypotheken werden zu Derivaten

⁴⁴ Mariana Mazzucato, Apple wurde vom Staat gefördert, in: taz vom 30.12.2014; auf der Website <https://taz.de/Oekonom-in-ueber-Staat-und-Wachstum!/5025377/> Vgl. auch Mariana Mazzucato, Das Kapital des Staates - Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München 2014 und Frankfurt 2023.

⁴⁵ Vgl. hierzu Margaret O'Mara, The Code - Silicon Valley and the Remaking of America, New York 2020, sowie ein Interview von Sonja Peteranderl mit Margaret O'Hara „Fast wie ein Mafia-Clan“, in: Der Spiegel vom 17.11.2019; auf der Website <https://www.spiegel.de/netzwelt/web/fast-wie-ein-mafia-clan-historikerin-ueber-die-erfolgsformel-des-silicon-valley-a-1294501.html>

und so weiter“⁴⁶, wobei „Land“ auch die natürlichen Ressourcen einschließlich der Erdatmosphäre und patentierbares Wissen über Gene und Saatgut einschließt.

Trotz der vielen im Laufe der Zeit im Silicon Valley (und anderen High-Tech-Regionen) neu gegründeten Startup-Unternehmen gibt es dort wie in der gesamten Wirtschaft keine ‚freie‘ Marktwirtschaft mit einem ‚freien‘ Wettbewerb zwischen einer neuen Generation von erfinderischen Unternehmen in vielen kleinen und mittleren Unternehmen auf offenen Märkten. Wie schon in den alten Industrien ging es den Pionier-Unternehmen auch in den neuen digitalen Industrien darum, „Monopole zu errichten, weil diese Struktur die Kontrolle über einen neuen Markt gewährleistet.“⁴⁷ Das Fehlen einer gerechten Rahmenordnung der gesamten alten und neuen Märkte hat deren Deformation zu einer monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft und den rasanten Aufstieg einiger weniger Unternehmer wie Steve Jobs (Apple), Bill Gates (Microsoft), Larry Page & Sergej Brin (Google/Alphabet), Marc Zuckerberg (Facebook/Meta und Instagram), Jeff Bezos (Amazon), Elon Musk (Tesla, SpaceX und X) und anderen zu Milliardären und markt- und weltbeherrschenden Tech-Giganten begünstigt. Sie vermochten die ohnehin schon starke Konzentration von Kapital noch um eine extrem hohe Konzentration von Daten zu erweitern und damit die gesamte Konzentration von Kapital und Daten ins Grenzenlose und Unendliche zu steigern.

Das fordistische Zeitalter mit seiner traditionellen Hierarchie von Kapital und Lohnarbeit und der großindustriellen Massenproduktion ging in ein postfordistisches Zeitalter über, in dem die lohn- und gehaltsabhängige Arbeit bei Fortbestand ihrer hierarchischen Unterordnung unter die Herrschaft des Konglomerats aus Kapital und Daten geriet und flexibilisiert wurde. Frühzeitig ließ sich erkennen, dass sich das Silicon Valley zu einem „wenig arbeitnehmerfreundlichen ... Musterbeispiel ‚marktgetriebener‘ technologischer Innovationen im Kontext eines radikal veränderten Typus industrieller Organisation“ entwickeln würde. Es entstanden dort „neue Formen kapitalistischer Industrieentwicklung und betrieblicher

⁴⁶ Douglas Rushkoff, *Survival of the Fittest – Warum wir vor den Tech-Milliardären noch nicht einmal auf dem Mars sicher sind*, Berlin 2025, S. 100 – 105 und 119 – 120.

⁴⁷ Boy Lühje, *Standort Silicon Valley – Ökonomie und Politik der vernetzten Massenproduktion*, Frankfurt/M. 2001, S. 20 – 31. – Vgl. auch Philipp Staab, *Digitaler Kapitalismus – Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit*, Berlin 2019, S. 258 – 266. – Joseph Vogl, *Vom Staats- zum Netzbürger – Vorabdruck aus „Kapital und Ressentiment“*, in: *Sociopolis – Gesellschaft beobachten*, 2021, S. 1; auf der Website <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/81163>

und sozialer Herrschaft“ mit Tech-Milliardären an der Spitze dieser neuen Herrschaftspyramide. Deren Macht über Menschen, Natur und internationale Märkte stellt alle bislang dagewesenen Konzentrationen von wirtschaftlicher und politischer Macht weit in den Schatten.⁴⁸

In zweifacher Hinsicht hat die vom Silicon Valley ausgegangene digitale Revolution technologische Voraussetzungen für den Übergang des herkömmlichen fordistischen Industrie- und Dienstleistungskapitalismus in ein neues postfordistisches, aber weiterhin monopolkapitalistisch bleibendes Zeitalter der neoliberalen Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung geschaffen. Zum einen machte die digitale Verarbeitung riesiger Mengen von Daten es möglich, die aufgrund von Funktionsdefiziten des kapitalistischen Geldes ausufernden Bürokratien in Staaten und (Groß-)Unternehmen durch ihre Umwandlung von papierenen Akten in elektronische Daten handhabbar zu machen. Und zum anderen schuf sie die technologische Basis für die Entfesselung und Verselbstständigung der internationalen Finanzmärkte, auf denen Geldvermögen auf ihrer Jagd nach Renditen nunmehr innerhalb von Sekundenbruchteilen um den ganzen Erdball vagabundieren konnten. „Finanzialisierung und Digitalisierung“ sind dem Soziologen Philipp Staab zufolge „aus demselben Holz geschnitzt“.⁴⁹ So brachte die kapitalistisch deformierte Marktwirtschaft jene technologischen Werkzeuge hervor, die sie für die Sicherung ihres eigenen Fortbestands benötigte, indem sie die bürokratische Regelung der Folgen des dysfunktionalen Geld- und Finanzsystems leichter beherrschbar machte und indem sie zugleich den Radius und das Tempo sowohl von virtuellen Kapitalflüssen als auch von realwirtschaftlichen Lieferketten entgrenzte.

Zwischen dem früheren produzentenzentrierten Kapitalismus und dem neueren konsumentenzentrierten „digitalen Kapitalismus“ bzw. „Plattform-Kapitalismus“ besteht Philipp Staab zufolge ein erheblicher Unterschied. Während es im früheren Kapitalismus darum ging, die Knappheit von Gütern mit Hilfe von Produktionsunternehmen zu überwinden, gehe es im „digitalen Kapitalismus“ um eine „Kapitalisierung eigentlich unknapper Güter“, insbesondere von Daten. „Klassische Monopolunternehmen agieren auf Märkten; die Leitunternehmen des digitalen Kapitalismus

⁴⁸ Boy Lüthje, Standort Silicon Valley – Ökonomie und Politik der vernetzten Massenproduktion, Frankfurt/M. 2001, ebenda.

⁴⁹ Philipp Staab, Digitaler Kapitalismus – Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit, Berlin 2019, S. 97.

sind Märkte.“ Während die früheren Märkte zwar von Großunternehmen als „Produzentenmonopolen“ beherrscht wurden, aber immerhin noch gleichsam öffentliche Räume waren, sind die digitalen Märkte zu „proprietären Märkten“ geworden, d.h. sie befinden sich im privaten Eigentum der Digitalkonzerne, denen es viel mehr um die Distribution als um die Produktion des Wohlstands geht. „Den digitalen Kapitalismus darf man nicht vom Problem der Knappheit her denken, sondern aus einer Logik der Unknappheit. ... Seine Dynamik speist sich weniger aus der Logik des unternehmerischen Handelns als vielmehr aus den Kalkülen von Rentiers“, die ihr Risikokapital mit hohen Renditeerwartungen in Startup-Unternehmen investieren. „Ziel ist nicht die maximale Produktion, sondern die Kapitalisierung eigentlich unknappere Güter“ durch Kontrollen des Zugangs zu den „proprietären Märkten“. „Deren Kernoperation besteht in der Extraktion ökonomischer Renten.“ Und das auf diese Weise generierte leistungslose Einkommen verschärft die ohnehin schon bestehende soziale Ungleichheit in der Gesellschaft noch weiter.⁵⁰

Tatsächlich besteht ein gradueller, aber kein prinzipieller Unterschied zwischen dem früheren produzentenzentrierten und dem neueren konsumentenzentrierten Kapitalismus. Im früheren Fordismus ging es um die Massenproduktion, aber auch schon um den Massenkonsum von Massenwaren. Und der Postfordismus ist zwar konsumentenzentriert; aber er ist auch immer noch produzentenbasiert. Ob sich mit Staab davon sprechen lässt, dass der Aufstieg des „digitalen Kapitalismus“ schon das „Ende des Neoliberalismus“ herbeigeführt habe, ist mithin fraglich. Für die Theorie des Neoliberalismus sei die „Idee der Neutralität des Marktes konstitutiv“ gewesen. Nicht zufällig laute das „neoliberale Mantra“, dass ein „fairer Wettbewerb“ eine zentrale Voraussetzung für die „Erwirtschaftung legitimer Profite“ sei. Diese Voraussetzung ist jedoch nicht erst seit dem Übergang zum „digitalen Kapitalismus“ unerfüllt. Von einer Neutralität und Fairness waren das Geld und die Märkte auch schon im vordigitalen Kapitalismus weit entfernt. Von einem „Ende des Neoliberalismus“ im Sinne eines fundamentalen Unterschieds zwischen dem früheren vordigitalen und dem gegenwärtigen digitalen Kapitalismus sollte also nicht die Rede sein. Vielmehr ging und geht es in beiden Entwicklungsstadien des Kapitalismus um die strukturelle Macht des Geldes und wettbewerbsbeschränkender, marktbeherrschender Monopole über Menschen, Natur

⁵⁰ Philipp Staab, Digitaler Kapitalismus – Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit, Berlin 2019, S. 27 und 30 sowie 206 – 210, 225 und 256 – 286.

und Märkte. Beide Entwicklungsstadien des Kapitalismus sind zwar nacheinander entstanden; aber sie sind gewissermaßen fließend ineinander übergegangen und haben sich miteinander verzahnt. Deshalb charakterisiert Staab den digitalen Kapitalismus an anderer Stelle auch nicht als „Post-, sondern mehr als einen Hyperkapitalismus“.⁵¹

Unabhängig davon waren sowohl die fordistischen als auch die postfordistischen Entwicklungsstadien kapitalistisch deformierter Marktwirtschaften von chronischen Krisen wie zuletzt der großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise ab 2008 begleitet. Krisenerfahrungen und das Wissen um systemimmanente Stabilitätsrisiken weckten auch bei Tech-Giganten ein Misstrauen gegen staatliche und internationale Währungsinstitutionen. Und sie bewirkten deren Hinwendung zu den von rechtslibertären Ökonomen formulierten Hoffnungen, diese Risiken entweder durch die Rückkehr zur früheren Goldwährung oder durch den Umstieg auf Blockchain-basierte Kryptowährungen verringern zu können. Während die politische Linke abgesehen von der von Venezuelas früherem Diktator Maduro vorgenommenen Bindung der desaströs ruinierten Währung „Bolivar“ an die Kryptowährung „Petro“ im Allgemeinen den Kryptowährungen ablehnend gegenübersteht⁵², gelten sie bei Rechtslibertären geradezu als ideales Mittel, den Staaten jegliche Kontrolle über die Währungen zu entziehen und staatliche Währungen durch ein System privat emittierter und konkurrierender Kryptowährungen zu ersetzen. Der Facebook-Konzern arbeitet bereits seit 2019 an der Entwicklung einer von ihm kreierten privaten Weltwährung „Libra/Diem“, in der der Kultur- und Medienwissenschaftler Joseph Vogl geradezu eine „parasitäre Technologie“ sieht. Und als Ausdruck einer Mischung aus „Staatsphobie“

⁵¹ Philipp Staab, Digitaler Kapitalismus – Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit, Berlin 2019, S. 46 – 48, 210 und 290.

⁵² Ann-Kathrin Nezik, Warum Amerikas Rechte verrückt nach Gold sind, in: Süddeutsche Zeitung vom 10.2.2026; auf der Website <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/trump-gold-dollar-maga-bannon-carlson-li.3375850>. – Marieke Einbrodt, Maaßens Goldjunge – Die rechtslibertären Wirtschaftsideen Markus Kralls, in: Capital vom 8.2.2024; auf der Website <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/maassens-goldjunge--die-rechtslibertaeren-wirtschaftsideen-markus-kralls-34424118.html>. - Wolfgang Eilenberger, Wie eine libertäre Technologie den Sozialismus retten soll, im Deutschlandfunk am 26.8.2018; auf der Website <https://www.deutschlandfunkkultur.de/philosophischer-kommentar-zu-kryptogeld-in-venezuela-wie-100.html>. - Daniel Leisegang, Bitcoin – Demokratiefeindlicher Irrweg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 12/2017; auf der Website <https://www.blaetter.de/ausgabe/2017/dezember/bitcoin-demokratiefeindlicher-irrweg>. - Jörg Bibow, Digitalisierung im Zahlungsverkehr und Geldwesen – Studie der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 455/2021; auf der Website https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-007957

(Vogl⁵³) und Ängsten vor Vermögensverlusten in Krisenzeiten werden der Bitcoin und andere Kryptowährungen sehr viel mehr als Wertspeicher und Spekulationsobjekte denn als das geschätzt, was das Geld eigentlich sein sollte: ein allen Menschen gleichermaßen dienendes Tausch- und Kreditmittel.⁵⁴ Parallel dazu treibt die Europäische Zentralbank – von Rechtslibertären argwöhnisch beobachtet⁵⁵ – die Entwicklung eines digitalen Euro voran, wobei noch unklar ist, ob dieser digitale Euro den in sich widersprüchlichen Doppelcharakter des kapitalistischen Geldes als dienendes Tausch- und Kreditmittel einerseits und als strukturelle Macht ausübendes Wertaufbewahrungs- und Spekulationsmittel andererseits beibehält oder ob er – was zumindest technisch möglich werden dürfte – auf seine dienende Funktion beschränkt wird.

Die anfänglich mit dem Internet verbundenen emanzipatorischen Hoffnungen auf einen freien Meinungs austausch, eine dezentrale Vernetzung von Protestbewegungen wie dem „Arabischen Frühling“ (2011) und auf mehr Transparenz in demokratischen Willensbildungsprozessen sind längst verfliegen. Mittlerweile ist klar geworden, dass die gigantische Konzentration von Kapital und Daten zu einem „Überwachungskapitalismus“ (Shoshana Zuboff⁵⁶) geführt hat, der die von George Orwell in seinem 1948 erschienenen Roman „1984“ vorausgesehene und befürchtete Macht von Big Data und Big Brother noch weit übertrifft. Mit den Möglichkeiten der nahezu lückenlosen Überwachung von Menschen gehen zudem noch Möglichkeiten einher, ihr Denken und Handeln in Wirtschaft, Kultur und Politik mit Hilfe von Algorithmen in den Sozialen Medien durch Fake News oder gar Hassbotschaften zu manipulieren. Und schließlich

⁵³ Vgl. hierzu Andreas Hanl, Währungswettbewerber Facebook, in: Udo di Fabio & Olaf Kowalski, Made in California, Tübingen 2022, S. 157 – 188. - Joseph Vogl, Vom Staats- zum Netzbürger – Vorabdruck aus „Kapital und Ressentiment“, in: Sociopolis – Gesellschaft beobachten, 2021, S. 3 und 6; auf der Website <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/81163>

⁵⁴ Sven Stoll, Gold oder Bitcoin? – So kombinieren Sie beide Wertspeicher, ftd.de vom 20.6.2025; auf der Website <https://www.ftd.de/boerse/fonds/gold-oder-bitcoin-so-kombinieren-sie-beide-wertspeicher-mission-werterhalt/>. – Vgl. auch Florian Kern, Fiat, Krypto- oder Goldstandard? – Wer von welchem Geld profitiert, in: Aaron Sahr (Hrsg.), Geldpolitik im Umbruch, Berlin 2024, S. 217 – 244, hier: S. 230 – 234.

⁵⁵ Vgl. hierzu Dominik Kettner, Der digitale Euro – Die größte Enteignung der Geschichte, NXTI VI, 2025. – Wie Polleit ist Kettner Edelmetallhändler. Unverständlich ist, wie sein vom rechtsextremen Online-Magazin gehyptes Buch sogar auf die Spiegel-Bestsellerliste gelangen konnte.

⁵⁶ Shoshana Zuboff, Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus, Frankfurt/M. / New York 2018. – Vgl. auch Yvonne Hofstetter, Sie wissen alles - Wie intelligente Maschinen in unser Leben eindringen und warum wir für unsere Freiheit kämpfen müssen. München 2014.

haben das Internet und das Darknet noch schier unbegrenzte Möglichkeiten für Cyberkriminalität und Cyberkriege geschaffen.⁵⁷

Der auch durch das Platzen der Dotcom-Blase (2002) nicht aufgehaltene Siegeslauf des „digitalen Vollgaskapitalismus“ (Douglas Rushkoff⁵⁸) erreicht sein bislang höchstes Stadium gegenwärtig in der rasanten Entwicklung und Verbreitung der Künstlichen Intelligenz (KI). Entsprechend schon sehr alter Vorstellungen von Maschinen, die wie Menschen denken, sprechen und handeln können, geht es bei der KI um einen „mechanischen Nachbau menschlicher Geistesfähigkeiten“. Euphorischen Erwartungen segensreicher Wirkungen der KI zum Beispiel bei der medizinischen Diagnostik tritt Rainer Mühlhoff, Philosoph, Mathematiker und Experte für Ethik und kritische Theorien der Künstlichen Intelligenz, mit der Warnung vor einer „Tendenz zur Anthropomorphisierung von Maschinen“ entgegen. Mühlhoff stellt klar, dass „solche Maschinen menschliches Verständnis lediglich *simulieren*, aber solches Verständnis nicht *haben*“; d.h. die KI stellt eine „Illusion von Intelligenz“ dar. Im Gegensatz zur menschlichen Intelligenz ist die KI nämlich nicht zu einem selbstständigen, verantwortungsbewussten und wahrheitssuchenden Denken in der Lage. Vielmehr beruht sie auf der Verfügung über riesige Datenmengen, die sich maschinell trainieren lassen. Statt Wahrheiten kann die KI nur „Aussagen über Wahrscheinlichkeiten“ hervorbringen und dies setzt voraus, dass wenige große Internetkonzerne auf ihren Plattformen riesige Datenmengen von digital vernetzten Menschen akkumulieren und trainieren. Mit der „weitestgehend privatisierten KI-Technologie“ verfügen die großen Tech-Konzerne über „private Medien- und Dateninfrastrukturen, die sowohl neue Formen kapitalistischer Verwertung bzw. Extraktion als auch neuartige Mittel der Manipulation und Verhaltenslenkung ermöglichen“ (zu denen übrigens auch die Verhaltensökonomie und die Behavioral Finance beitragen). So wird die KI nicht nur bei Suchmaschinen, sondern in großen Konzernen auch bei Investitions- und Personalentscheidungen eingesetzt. Entscheidungsprozesse werden zunehmend von Wahrscheinlichkeiten und einprogrammierten Interessen statt von

⁵⁷ Zu Fake News in Sozialen Medien vgl. Josephine Schmitt & Julian Ernst & Diana Rieger & Hans-Joachim Roth (Hrsg.), Propaganda und Prävention, Wiesbaden 2020. – Bundesministerium des Inneren, Cyberkriminalität; auf der Website <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/kriminalitaets-bekaempfung-und-gefahrenabwehr/cyberkriminalitaet/cyberkriminalitaet-node.html>. - Thomas Rid, Mythos Cyberwar - Über digitale Spionage, Sabotage und andere Gefahren, Hamburg 2018.

⁵⁸ Douglas Rushkoff, Survival oft he Richest – Warum wir vor den Tech-Milliardären noch nicht einmal auf dem Mars sicher sind, Berlin 2025, S. 19.

bloß menschlichen Abwägungen geleitet. Dank privatwirtschaftlicher und staatlicher Aufträge findet die KI auch Eingang in das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in das Militär. Bei alledem verschärft sie sowohl die soziale Ungleichheit als auch den Ressourcen- und Energieverbrauch. Und nicht zuletzt „eignet sich diese Machttechnologie ... ohne staatliche Regulierung ... ideal für autoritäre oder gar faschistische Zwecke.“ Dennoch glauben weite Teile der Öffentlichkeit, dass die KI sich unaufhaltsam wie mit einer Naturgewalt weiter ausbreiten und wohl-tätige Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben haben werde. Mühlhoff warnt deshalb vor einer „imaginären Überhöhung der KI“ in öffentlichen Debatten.⁵⁹

6 ... und als Schmelztiegel von rechtslibertärer Ökonomie, Tech-Gigantomanie, Anarchokapitalismus und Demokratiefeindlichkeit

Die große Krise auf den internationalen Finanzmärkten von 2008 und die Rettung von Großbanken durch hohe Milliardenbeträge aus Steuergeldern haben in den USA noch mehr als in Europa zu einer Erosion des Vertrauens in staatliche Institutionen und zu einer Stärkung des rechtslibertären Denkens geführt. Die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise führte nicht nur zu einer stärkeren Verbreitung der rechtslibertären Ökonomie von Mises, Rothbard und Hoppe; sie wirkte auch geradezu als Brandbeschleuniger für ihre Verbindung mit einem Gemisch aus religiösen, philosophischen und politischen Ideologien der konservativ-evangelikalen Tea-Party- und anderer Bewegungen.⁶⁰ Dieses Gemisch war in sich keineswegs homogen und dadurch in viele Richtungen des christlichen Fundamentalismus, Konservatismus, Rechtslibertarismus und Rechtspopulismus anschlussfähig.⁶¹ Deren gemeinsamer Nenner besteht in der Meinung, dass sich westliche Demokratien mit ihrer vermeintlichen ‚links-grünen Wokeness‘ auf dem Weg in einen endzeitlichen Weltuntergang befinden. Deshalb müsse die parlamentarische Demokra-

⁵⁹ Rainer Mühlhoff, *Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus*, Stuttgart 2. Auflage 2025, S. 19, 22, 23, 27, 31, 37 – 51 und 70. – Ulrich Dolata & Jan-Felix Schrape (Hrsg.), *Internet, Big Data und digitale Plattformen: Politische Ökonomie – Kommunikation – Regulierung*. Sonderheft 62 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden 2022.

⁶⁰ Aus der Tea-Party-Bewegung ging später die MAGA-Bewegung hervor.

⁶¹ Zum fundamentalistisch verbrämten Christentum vgl. Arnd Henze, *Mit Gott gegen die Demokratie – Warum der christliche Nationalismus alle angeht*, Gütersloh 2026.

tie abgeschafft werden.⁶² Und Staaten sollten in private Aktiengesellschaften übergehen und mit Hilfe digitaler Technologien von deren Cheftagen effizienter als durch Parlamente verwaltet werden.

Eine Schlüsselrolle beim Aufstieg der rechtslibertären und antidemokratischen Ideologien spiel(t)en unter anderen die Tech-Milliardäre Elon Musk und Peter Thiel, der Blogger und Software-Entwickler Curtis Yarvin und der indisch-amerikanische Investor und Kryptowährungsentwickler Balaji Srinivasan.

Elon Musk war in jener Zeit in Südafrika aufgewachsen, in der das rassistische Apartheid-Regime bestrebt war, die Vorherrschaft der Weißen über die Schwarzen mit modernen Technologien zu sichern. Der Apartheitsstaat konnte „nur überleben, indem er moderne Techniken und Technologien nutzte.“ Unterstützung erhielt das Regime „von internationalen Konzernen wie IBM, Ford und Toyota, die ihm Technologien verkauften, mit denen es seine Souveränität stärken konnte. Großrechner wurden genutzt, um schwarze Arbeitskräfte zu zählen, zuzuteilen und zu beaufsichtigen.“ In der Nähe von Musks Geburtsstadt Pretoria befand sich die wichtigste Kernforschungsanlage Südafrikas und mit dem beim Goldabbau angefallenen Uran ließ das Regime zuerst die Kernenergie und dann Atomwaffen entwickeln. „Atomwaffen gaben dem Regime Sicherheit gegen äußere Feinde.“ In dieser Umgebung erfuhr der junge Elon Musk prägende Eindrücke. Quinn Slobodian & Ben Tarnoff sehen im Apartheid-Südafrika geradezu eine „reaktionäre Technokratie“ und die „Wiege des Muskismus“.⁶³

Gemeinsam mit dem milliardenschweren „Technoking“ Elon Musk gründete der an der Stanford University philosophisch und juristisch ausgebildete Peter Thiel den Online-Bezahldienst Paypal und gelangte durch Investitionen in die Plattform Facebook und in die Überwachungs-Software Palantir zu immensem Reichtum. Zeitweise war er auch Derivate-Händler und Vorsitzender eines Hedgefonds. An dem von Mises, Hayek und anderen libertären Ökonomen gepriesenen ‚freien‘ Wettbewerb kritisierte Thiel die Tendenz, Gewinne herunterzukonkurrieren. Aus seiner Sicht behindere der Wettbewerb die Kapitalakkumulation und

⁶² Zu den Vorläufern antidemokratischer und rassistischer Ideologien gehörte unter anderen der Politologe Charles Murray mit seinem 1994 erschienenen Buch „The Bell Curve“.

⁶³ Quinn Slobodian & Ben Tarnoff, Muskismus – Aufstieg und Herrschaft eines Technoking, Berlin 2026, S. 21 – 25.

-konzentration geradezu. Ganz offen rechtfertigte Thiel darum Monopole wie die großen Tech-Unternehmen im Silicon Valley als „Fortschrittsmotoren“ und die Ungleichverteilung von Kapital als „Gesetz des Universums“.⁶⁴ Beeinflusst war Thiel auch von den rechtslibertär-antistaatlich-antidemokratischen Ideen der US-amerikanischen Schriftstellerin Ayn Rand, die im Egoismus und dem Erfindergeist von Individuen die höchsten Tugenden des Menschen sah, sowie vom Freund-Feind-Denken des NS-Kronjuristen Carl Schmitt.

Mit viel Geld unterstützte Thiel die unmittelbar nach dem Beginn der großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise und der Wahl Obamas zum US-Präsidenten entstandene Tea-Party-Bewegung und zahlreiche rechtsextremistische Organisationen in den USA. Außerdem unterstützte er die Republikaner Donald Trump und J.D. Vance bei ihren Wahlkämpfen um die US-Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft und fungierte zeitweise als Präsidentenberater.⁶⁵

Darüber hinaus betrachtet Thiel die Künstliche Intelligenz als Werkzeug für ein radikal individualistisches und dezentralisiertes, nur noch von Algorithmen gesteuertes Gemeinwesen ohne staatliche Institutionen. Wie ein großes Unternehmen könne das Gemeinwesen viel effizienter als der herkömmliche Staat verwaltet werden, weil seine Spitze in eigener Vollmacht umsichtig (?) handeln könne und keiner komplex organisierten demokratischen Legitimation bedürfe. Finanziell unterstützt Thiel deshalb auch Versuche des rechtslibertären Aktivisten Patri Friedman, außerhalb von Staaten in den Seegebieten Polynesiens schwimmende Städte („Seasteading“) als rechts- und steuerfreie Räume zu schaffen oder eine Sonderwirtschaftszone („Prospera“) auf einer zum mittelamerikanischen Honduras gehörenden Insel einzurichten.⁶⁶

Während Musk Thiels Rechtfertigung von marktbeherrschenden Monopolen folgte und sich das Motto „Unternehmertum ist Kampf, die Erober-

⁶⁴ Peter Thiel & Blake Masters, Zero to One – Wie Innovation unsere Gesellschaft rettet, Frankfurt/M. 2014, S. 28, 37 und 84.

⁶⁵ Vgl. Thomas Rappold, Peter Thiel - Facebook, PayPal, Palantir - Wie Peter Thiel die Welt revolutioniert. München 2017. - Fritz Espenlaub & Jasmin Körber u.a. (Hrsg.), Die Peter-Thiel-Story, sechsteilige WDR 5-Sendung von August bis Oktober 2025; auf der Website <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/tiefenblick/peter-thiel-story-100.html>

⁶⁶ Andreas Kemper, Privatstädte – Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus, Münster 2022. - Anna Lemmenmeier, Privatstadt im Palmenparadies, auf der Website <https://www.srf.ch/news/international/prospera-tech-milliardaere-in-der-karibik-privatstadt-im-palmenparadies>. - Eine ‚freie‘ Mikronation „Liberland“ sollte auch an einem Abschnitt der Donau zwischen Kroatien und Serbien entstehen.

rung das Ziel“ auch selbst zu eigen machte, blieb er vorerst skeptisch gegenüber Thiels Vorstellungen von einer Minimalisierung oder gar völligen Abschaffung des Staates. Stattdessen sah Musk im Einwerben von zivilen und militärischen Aufträgen des Staates die besten Chancen, den Staat für die Vergrößerung seiner eigenen Macht instrumentalisieren zu können.⁶⁷

Weitere Vordenker der antiegalitären und antidemokratischen „Neoreaktionären Bewegung“ in den USA und ihrer „Dunklen Aufklärung“ („Dark Enlightenment“) sind Curtis Yarvin und der Philosoph Nick Land, die sich beide an Mises, Rothbard, Hoppe und an dem im Silicon Valley kultivierten Glauben an den technischen Fortschritt orientieren. Die 2008er Krise auf den internationalen Finanzmärkten stellte für Yarvin und Land eine tiefe Zäsur dar. Zu dieser Krise sei es vor allem durch die Missachtung der Vorschläge von Mises zum Bankwesen gekommen.⁶⁸ Und die anschließende Wahl von Barack Obama zum Präsidenten der USA erschien ihnen als ‚Beweis‘ dafür, dass demokratische ‚woke‘ Eliten aus Wissenschaften, Medien, Kirchen und Politik eine gemeinsame „Priesterkaste einer Kathedrale“ bilden und die Welt in ihren Untergang treiben. Für Yarvin und Land schließen individuelle Freiheit und Demokratie einander aus. Im Interesse der unbeschränkten Freiheit der aus ihrer Sicht bislang vom Staat bevormundeten und durch Steuern ausgeraubten Individuen wollen sie deshalb die an universalen Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie als Grundwerten von Humanismus und Aufklärung ausgerichtete Politik abschaffen. Ähnlich wie Thiel wollen Yarvin und Land sie im Rahmen ihres Gegenprogramms einer „Dunklen Aufklärung“ durch eine vermeintlich ‚effiziente‘ autokratisch-technische Verwaltung ersetzen. Ihnen zufolge sollen die bislang bestehenden Staaten in viele Kleinstaaten wie zum Beispiel den Stadtstaat Singapur aufgeteilt werden. Sie sollen zu privaten Aktiengesellschaften werden und ihre Geschäftsführer (CEOs) sollen wie Cäsaren mit Hilfe von digitalen Technologien ohne demokratische Rückkopplung ‚effizient‘ regieren. Als ihr einziges Recht sollten die Individuen von einem Kleinstaat in einen anderen

⁶⁷ Quinn Slobodian & Ben Tarnoff, Muskismus – Aufstieg und Herrschaft eines Technoking, Berlin 2026, S. 39 – 40 und 53 – 54. – Vgl. auch die 3Sat-„Sternstunde Philosophie“ mit Quinn Slobodian über Elon Musk am 12.4.2026; auf der Website <https://www.3sat.de/gesellschaft/sternstunde-philosophie/sternstunde-philosophie-266.html> sowie Sönke Iwersen & Michael Verfürden, Die Tesla Files – Enthüllungen aus dem Reich von Elon Musk, München 2025.

⁶⁸ Mencius Moldbug (Pseudonym für Curtis Yarvin), The Misesian Explanation of the Bank Crises; im Blog „Unqualified Reservations“ am 14.10.2008; auf der Website <https://www.unqualified-reservations.org/2008/10/misesian-explanation-of-bank-crisis/>

umziehen dürfen, was zu einem Wettbewerb zwischen den Kleinstaaten um die beste Verwaltung führe. Zudem machte Yarvin rassistische Unterschiede innerhalb seiner Welt von Kleinstaaten, indem er biologisch bedingte Unterschiede zwischen der Intelligenz von Weißen und Farbigen postulierte und für eine Rekolonialisierung Afrikas eintrat. Gerade das Ziel von Yarvin und Land, die Vorherrschaft von Weißen („White Supremacy“) sicherzustellen, macht sie attraktiv für die „Neoreaktionäre Bewegung“ (NRx) und die „Alt-Right-Bewegung“ (Abkürzung für „Alternative Rechte“) in den USA.⁶⁹

Im Anschluss an das Buch „Das souveräne Individuum“, mit dem James Davidson & William Rees-Mogg schon um die Jahrtausendwende begonnen hatten, den Rechtslibertarismus in den USA zu stärken, trieb auch der in Singapur lebende Balaji Srinivasan mit seinem Buch „The Network State – How To Start a New Country“ Vorstellungen von einem schrittweisen Ausstieg aus bestehenden Staaten und einem Übergang zu nicht- oder nur minimalstaatlichen privatwirtschaftlichen „Mikronationen“ weiter voran. Und im „Network State Dashboard“ (2025) beschreibt er schon bestehende nahezu autonome Wirtschaftszonen, die seinem Konzept von privatrechtlich konstituierten Siedlungen entsprechen oder zumindest nahekommen. Unter anderem gilt Grönland (!) in einschlägigen Kreisen als guter Standort für ein solches „Praxis“-Projekt, in dessen Aufbau Thiel, Srinivasan und auch der im Silicon Valley tätige Software-Entwickler und Finanzinvestor Marc Andreessen bereits investiert haben. Andreessen, der durch die Entwicklung des ersten massentauglichen Internetbrowsers „Netscrap Navigator“ reich wurde, ist Autor eines „Techno-Optimistischen Manifests“ (2023), das die rechtslibertäre und tech-optimistische Gedankenwelt zusammenfasst und u.a. die „Vereinten Nationen“ und den „Club of Rome“ mit seinem Bericht über die „Grenzen des Wachstums“ ausdrücklich als ihre „Feinde“ benennt.⁷⁰

Während Peter Thiel einem evangelikal-fundamentalistischem Verständnis des Christentums und insbesondere der Apokalypse zuneigt, argumentiert Curtis Yarvin aus einer eher atheistischen Einstellung her-

⁶⁹ Zur Dunklen Aufklärung vgl. die Website <https://www.thedarkenlightenment.com/the-dark-enlightenment-by-nick-land/> und Simon Strick, Rechte Gefühle - Affekte und Strategien des digitalen Faschismus, Bielefeld 2021.

⁷⁰ Zum „Praxis“-Projekt vgl. Christian Stöcker, Es sind Oligarchen und Tech-Bros, die nach Grönland greifen, in: Spiegel-Wissenschaft von 21.1.2026; auf der Website <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/groenland-es-sind-oligarchen-und-tech-bros-die-die-insel-wollen-a-f93cf1bd-d347-4a4b-8593-06cd958b9f7e>. -

aus. Überhaupt findet auch der Atheismus im Silicon Valley viel Zuspruch – unter anderem im Denken des US-amerikanischen Evolutionsbiologen Richard Dawkins, der in seinem Buch „Das egoistische Gen“ (1976) Gott im Sinne des Philosophen Friedrich Nietzsche für tot erklärt hatte. Damit ermöglichte Dawkins es den späteren Tech-Giganten als „selbsternannten Herren des Universums“ (Rushkoff⁷¹), sich selbst auf den leeren Thron Gottes zu setzen. Im Mittelpunkt ihrer technischen Allmächtsphantasien stehen außer der KI die Nano- und Gentechnologien sowie das Geoengineering. Als Ziel dieser als „Transhumanismus“ bezeichneten „technophilen Gesellschaftsutopien“ gilt die Entwicklung von superintelligenten Gehirn-Computer-Verbindungen, durch die Menschen eine „hybride biologisch-technologische Existenzform“ bekommen. In dieser „Eugenik 2.0“ geht es um eine „technologische Verbesserung der Menschheit im Ganzen durch normative Steuerung ihrer Evolution“, was auch „rassistische und elitistische Vorstellungen von ‚wünschenswerten Zukünften‘ und ‚lebenswertem Leben‘“ einschließt.⁷²

Wie weit die milliardenschweren Tech-Giganten als elitäre „Übermenschen der Zukunft und gottgleiche Schöpfer“ schon in ihre „individuelle Souveränität und in eine technolibertäre Fantasiewelt“ abgedriftet sind und wie hoch sie sich ihren Mitmenschen und der Natur überlegen fühlen, zeigt schließlich ihr alle sozialen und ökologischen Probleme auf der Erde ignorierender quasi-religiöser ‚Glaube‘ an eine „kosmische Evolution der Menschheit“. Nach mehr als 500 Jahren der Kolonialisierung der Erde, der Erwerbs- und der unbezahlten Hausarbeit, des Wissens, der Gene und des Saatguts sowie ihrer Ausdehnung auf digitale Netze und Plattformen soll nun auch noch das Weltall zu einer unreglementierten ‚Neuen Welt‘ werden. In Fortsetzung von Schumpeters „schöpferischer Zerstörung“ und angeregt von Douglas Adams Science-Fiction-Roman „Per Anhalter durch die Galaxis“ aus dem Jahr 1979 wollen Elon Musk, Jeff Bezos & Co. das Weltall erobern und kolonialisieren, um auf anderen Planeten Bergbau betreiben zu können. Über eine schon bald beginnende Besiedlung des Mars hinaus werde in einer „ultrafernen Zukunft eine riesige Population digitaler Menschen entstehen, die die heutige Menschheit von ihrer bloßen Anzahl her um mehrere Zehnerpotenzen

⁷¹ Douglas Rushkoff, *Survival of the Richest – Warum wir vor den Tech-Milliardären noch nicht einmal auf dem Mars sicher sind*, Berlin 2025, S. 212.

⁷² Rainer Mühlhoff, *Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus*, Stuttgart 2. Auflage 2025, S. 71 – 76 und 79 – 81.

übersteigen“ und zu ihrem technisch machbaren ewigen Leben führen werde. Der aus Schweden stammende und in Oxford/UK tätige Philosoph Nick Bostrom, der mit Unterstützung von Elon Musk, Peter Thiel und anderen Geldgebern aus dem Silicon Valley eine Denkfabrik „World Transhumanist Association“ aufbaute, schilderte in seinem Buch „Superintelligenz“ (2014), wie die Menschheit alle irdischen Fesseln von sich abstreifen, über sich selbst hinauswachsen und sich „mit Lichtgeschwindigkeit in den Weltraum ausbreiten werde. Digitale Menschen würden dann schließlich in gigantischen interstellaren Computersimulationen existieren.“⁷³ Dass die praktische Umsetzung schon kleinster Teile von solchen Tech-Fantasien irrsinnig viel menschliche Arbeit und natürliche Ressourcen verschwendet, wird in entsprechenden Science-Fiction-Darstellungen ausgeblendet.

Alle diese rechtslibertären, technokratischen und rechtsextremen, in sich durchaus nicht immer konsistenten Ideologien werden ebenso wie Fake News und gezielte Desinformationen massenhaft in ‚alternativen‘ Print- und Onlinemedien, Sozialen Medien und Blogs verbreitet und führen zur Bildung entsprechender weltweiter Netzwerke, die letztlich ein gemeinsames Ziel anstreben: eine „Rückabwicklung aufklärerischer Errungenschaften“ und eine „positive Verklärung moderner Technologie als Machtinstrument“.⁷⁴ Gerade in Krisenzeiten können solche Ideologieerzeugnisse erfahrungsgemäß auf fruchtbare Böden fallen. Und eine aktu-

⁷³ Douglas Rushkoff, *Survival oft he Richest – Warum wir vor den Tech-Milliardären noch nicht einmal auf dem Mars sicher sind*, Berlin 2025, S. 35, 38, 63 und 112. - Rainer Mühlhoff, *Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus*, Stuttgart 2. Auflage 2025, S. 75 – 76 und 88 – 94. – Vgl. auch Jennifer Stange, *Die Visionen der Tech-Milliardäre*, Deutschlandfunk am 6.7.2025; auf der Website <https://www.deutschlandfunk.de/die-visionen-der-tech-milliardaere-100.html>. – Das Weltbild der Tech-Milliardäre, Deutschlandfunk am 31.7.2025; auf der Website <https://www.deutschlandfunk.de/tech-bro-to-pia-milliardaere-oligarchen-musk-thiel-yarvin-vance-silicon-valley-100.html>. – Max Goldenbaum, *Das privatisierte Weltall – Die Utopie der Rechtslibertären*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* Nr. 1/2023, S. 75 – 82. – Caspar Dohmen, *Weltall ohne Regeln – Der Wirtschaft sind im Weltraum kaum Grenzen gesetzt*, Deutschlandfunk am 17.4.2025; auf der Website <https://www.deutschlandfunk.de/spacex-weltall-oekonomie-satelliten-weltraum-wirtschaft-100.html>.

⁷⁴ Andreas Maus, Julia Regis, Silke Dietrich, *Trumps Netzwerk - Globale Wegbereiter radikaler Populisten?*, in der ARD-Sendung „Monitor“ am 4.4.2024; auf der Website <https://www1.wdr.de/dasers-te/monitor/sendungen/trumps-netzwerk-globale-wegbereiter-radikaler-populisten-100.html>. – Rainer Mühlhoff, *Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus*, Stuttgart 2. Auflage 2025, S. 118 – 119.

elle „MOTRA-Studie“ zeigt eine wachsende Bereitschaft der Menschen in Deutschland, sich für solche Ideologien zu öffnen.⁷⁵

7 Fließende Übergänge vom rechtslibertären Anarchokapitalismus zum Autoritarismus und Tech-Faschismus

Waren Wirtschaft und Politik im demokratischen Rechts- und Machtstaat ohnehin schon unglücklich miteinander verflochten, so werden die entfesselte strukturelle Macht des Geldes und die monopolkapitalistisch vermachteten Märkte in der Ära der unheiligen Allianz von Trump-Administration und Tech-Giganten noch stärker mit der Macht der Politik verflochten.⁷⁶ Wie zielstrebig dabei Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ausgehöhlt werden, zeigt das am ersten Tag der zweiten Amtszeit von Trump in Zusammenarbeit mit Elon Musk eingesetzte „Department of Government Efficiency“ (DOGE). Nachdem in Argentinien schon der Angriff des anarchokapitalistischen Präsidenten Milei mit einer Kettensäge auf den Rechts- und Sozialstaat medienwirksam mit Elon Musk zelebriert worden war, sollte das DOGE als nicht demokratisch legitimierte Instanz die Effizienz des US-Regierungshandelns durch einen rabiaten Abbau von öffentlicher Verwaltung, wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen und der Entwicklungsorganisation US-AID ‚erhöhen‘. Hinzu kamen autoritäre Angriffe auf Universitäten, um die Freiheit von Forschung und Lehre einzuschränken, auf die Justiz, um die Teilung der staatlichen Gewalten zu untergraben und die Macht des angeblich von Gott gesegneten politischen Führers zu stärken, auf insbesondere öffentlich-rechtliche Medien, um die Meinungsvielfalt einzuschränken und einen Kulturkampf gegen die links-grüne ‚Wokeness‘ zu führen, sowie Repressalien der US-Einwanderungsbehörde ICE gegen Migrantinnen und Migranten und völkerrechts-

⁷⁵ Christoph Trebesch & Manuel Funke & Moritz Schulkarick, 10 Jahre Lehman – Populismus als Erbe der Finanzkrise, Kiel-Focus Nr. 9/2018; auf der Website <https://www.kielinstitut.de/de/publikationen/kiel-focus/10-jahre-lehman-populismus-als-erbe-der-finanzkrise/>. – Uwe Kemmesies & Peter Wetzel u.a. (Hrsg.), MOTRA-Monitor 2024/2025; auf der Website <https://www.motra.info/motra-monitor-2024-25/>

⁷⁶ Vgl. hierzu die ARD-Dokumentation „Trump und die Tech-Giganten – Das Spiel um Macht“ auf der Website <https://www.ardmediathek.de/video/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmEtO-TEzYjc3OTQyTE3ZS00MGE5LWlxY2UtNGZjZmRiOTUwYTZm.>

widrige Kriegshandlungen wie in Venezuela, gegen den Iran und vielleicht auch bald gegen Kuba.⁷⁷

Da bei alledem moderne digitale Technologien als Herrschaftsinstrumente zum Einsatz kommen, erinnert auch Mühlhoff ähnlich wie Slobodian & Tarnoff an ein historisches Vorbild, nämlich an „die Rolle des US-Konzerns IBM im Verwaltungs- und Vernichtungsapparat der Nazis. ... IBM-Lochkarten wurden in ganz Europa zum Standard industrieller Logistik und gleichzeitig im Nationalsozialismus zur Organisation von Verfolgung, Zwangsarbeit und Massenmord eingesetzt.“ Mühlhoff warnt deshalb davor, dass mit der Digitalisierung und der KI noch viel perfidere Möglichkeiten entstehen, Techniken als Herrschaftsmittel einzusetzen.⁷⁸

Ob sich die USA unter der Trump-Administration und ihrer nationalistischen Parole „America first“ im Übergang von der Demokratie zum Faschismus befinden, wird von Geschichts-, Rechts- und Politikwissenschaftler*innen kontrovers diskutiert. Es hängt letztlich auch von Definitionen des Begriffs „Faschismus“ ab. Einschlägige Debatten beziehen sich oftmals auf den Essay „Der ewige Faschismus“ des italienischen Schriftstellers Umberto Eco, in dem viele Charakteristika des Faschismus aufgezählt werden, die nicht vollständig auf jede Variante des Faschismus zutreffen müssen.⁷⁹

In der Anfangsphase der zweiten Amtszeit von Trump sieht Mühlhoff einen „digitalen Staatsstreich“, weshalb er eindringlich vor dem „faschistoiden Potenzial von Alt-Right-Politik aus ihrer Synergie mit elitistischen Tech-Ideologien“ warnt. Während der belarussische, im Westen lebende Publizist Evgeny Morozov die Frage stellt, ob sich die USA in einem „Technofeudalismus“ befinden, überlegt der Politologe Wolfgang Merkel, ob Trumps Politikstil dem eines orientalischen Sultans entsprechen

⁷⁷ David Graham, Der Masterplan der Trump-Regierung – Wie ein radikales Netzwerk in Amerika die Macht übernimmt, Frankfurt/M. 2025. - Armin Pfahl-Traugber, Die Neue Rechte und die „Rechtslibertären“, in: Endstation Rechts vom 22.4.2025; auf der Website <https://www.endstation-rechts.de/news/die-neue-rechte-und-die-rechtslibertaeren>. – Quinn Slobodian & Ben Tarnoff, Muskismus – Aufstieg und Herrschaft eines Technoking, Berlin 2026, S. 199 – 222. - Auch in Deutschland formierte sich eine konservative Denkfabrik „Republik21“ (<https://denkfabrik-r21.de/>), die bislang noch nicht an die Radikalität der US-amerikanischen „Heritage Foundation“ und vergleichbarer Organisationen heranreicht. – Vgl. auch Christoph Bartmann, Attacke von rechts – Der neue Kampf um die Kultur, München 2026.

⁷⁸ Rainer Mühlhoff, Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus, Stuttgart 2. Auflage 2025, S. 133 -134.

⁷⁹ Umberto Eco, Der ewige Faschismus (1995), München 2020.

könnte. Der US-amerikanische Historiker Volker Depkat sieht die USA vorerst ‚nur‘ im Stadium eines radikalisierten Konservativismus. Auch der Extremismusforscher Peter R. Neumann und der Journalist Richard C. Schneider sehen die USA noch nicht im Faschismus, weisen aber auf die große Gefahr hin, dass ihre rechtspopulistische Politik die Tür dorthin sowohl in den USA als auch in europäischen Ländern aufstoßen könnte. Demgegenüber haben die USA nach Auffassung des US-amerikanischen, nach Kanada emigrierten Philosophen Yason Stanley die Schwelle zum Faschismus überschritten und befinden sich gegenwärtig „in den frühen Jahren eines Faschismus“. Auch der US-amerikanische Historiker Timothy Snyder sieht in der Politik der Trump-Administration viele der von Eco aufgestellten Kriterien eines faschistischen Regimes als erfüllt an.⁸⁰

Bei Versuchen, die gegenwärtige Position der USA auf ihrem Weg zwischen parlamentarischer Demokratie und Autokratie oder gar Faschismus zu erkennen, könnte es hilfreich sein, sich an die schon während des Zweiten Weltkriegs im amerikanischen Exil entstandene Studie des deutsch-amerikanischen Rechts- und Politikwissenschaftlers Ernst Fraenkel über den NS-Staat als „Doppelstaat“ (1941/1974) zu erinnern. Demnach ging die Weimarer Demokratie nicht schlagartig von einem auf den anderen Tag in die NS-Diktatur über, sondern der Systemwechsel vollzog sich schrittweise im Laufe einer Übergangszeit, in der der NS-Staat anfangs in abnehmendem Umfang noch demokratische und dann in zunehmendem Umfang diktatorische Merkmale aufwies. Fraenkel unterschied insbesondere zwischen dem an Gesetze gebundenen „Normenstaat“ und dem „Maßnahmenstaat“, der je nach politischer Zweckmäßigkeit Willkür und Terror ausübte.⁸¹ Genau genommen war schon der demokratische Staat der Weimarer Republik ein in sich widersprüchlicher „Doppelstaat“, der aus Elementen des Rechts und der strukturellen Macht des kapitalistisch konzentrierten Geld- und Realkapitals zusam-

⁸⁰ Rainer Mühlhoff, Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus, Stuttgart 2. Auflage 2025, S. 7 – 12. – Evgeny Morozov, Leben wir im Technofeudalismus?, in: Le MONDE diplomatique vom August 2025; auf der Website <https://monde-diplomatique.de/artikel/16092121>. – Vgl. auch die Sendung „Manche sprechen schon von Faschismus“ im Deutschlandfunk am 2.2.2026; auf der Website <https://www.deutschlandfunk.de/usa-trump-faschismus-demokratie-gefahr-autoritarismus-100.html#Definition>. – Peter R. Neumann & Richard C. Schneider, Das Sterben der Demokratie – der Plan der Rechtspopulisten in Europa und den USA, Berlin 2025. – Vgl. auch Carolin Amlinger & Oliver Nachtwey, Zerstörungslust – Elemente des demokratischen Faschismus, Berlin 4. Auflage 2025.

⁸¹ Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat - Recht und Justiz im „Dritten Reich“, Frankfurt/M. 1974, S. 99 – 100.

mengesetzt war. So gesehen war der NS-Staat in seinen ersten Jahren eigentlich ein Dreifachstaat, in dem die strukturelle wirtschaftliche Macht bestehen blieb, während das ohnehin schon von der strukturellen Macht des Geldes beschädigte Recht schrittweise von diktatorischer Gewalt verdrängt wurde, bis der NS-Staat vollends zu einem „Verbrecherstaat“ (Karl Jaspers⁸²) wurde.

In anderer Form ließe sich auch beim Faschismus in Anknüpfung an Umberto Eco's Übersicht über seine vielfältigen Merkmale von einem „Doppelfaschismus“ sprechen. Zum einen gab und gibt es den Faschismus in seinen historischen Ausprägungen des italienischen und spanischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus sowie in ähnlichen totalitären Herrschaftssystemen des sowjetkommunistischen Stalinismus und der Diktaturen in China und Nordkorea, die allesamt ebenso wie der religiöse Fundamentalismus im Iran oder der Nationalismus in Russland auf der brutalen Macht totalitär regierter Staaten aufgebaut waren bzw. sind. Und zum anderen erhebt sich seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert in der westlichen Welt eine neue Form des Faschismus, die nicht mehr nur auf einer wie auch immer gefärbten totalitären Staatsmacht fußt. Der Faschismus gleicht gewissermaßen einem Chamäleon, das seine Farbe verändern kann und dadurch nicht immer gleich auf den ersten Blick erkennbar ist. Zumindest in einer Übergangsphase koexistieren in den USA noch miteinander verfilzte staatliche und privatkapitalistische Machtstrukturen. Gemäß dem „Project 2025“ wird die ohnehin schon durch strukturelle wirtschaftliche Macht beschädigte Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie von der Trump-Administration weiter demontiert, um die Macht noch stärker in die Richtung der libertären, anarchokapitalistischen Tech-Oligarchie zu verschieben. Deren privatwirtschaftliche Macht nimmt totalitäre Züge an und wirkt sehr viel subtiler als die Macht totalitärer Staaten. Anstelle einer von den Rechtslibertären angestrebten völligen Entstaatlichung könnte es in den USA auch zu einer symbiotischen Liaison zwischen den Tech-Giganten und einem gemäß deren Vorstellungen zurückgestutzten Staat kommen. Und umgekehrt stellen auch totalitäre Staaten wie China und Russland die digitalen Medien in den Dienst ihrer Herrschaft.

⁸² Karl Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik?*, München 1966, S. 21.

8 Was könnte ein weiteres Abdriften in die Richtung von Rechtslibertarismus, Anarchokapitalismus und Tech-Faschismus aufhalten?

Seit ihren Anfängen sind die demokratischen Rechtsstaaten in den USA und auch in Europa von struktureller wirtschaftlicher und politischer Macht durchsetzte, mehr oder weniger sozial abgedeckelte Rechts- und Machtstaaten. Und unabhängig davon, wo genau diese hybriden, in sich widersprüchlichen Staaten sich gerade auf ihren Wegen zwischen der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft & Demokratie und dem Faschismus befinden, stellen sich dringende Fragen: Wie könnte diese traumwandlerisch anmutende Verirrung in Richtung Faschismus erst einmal gestoppt werden? Die politischen Entwicklungen in Polen und Ungarn zeigen, dass eine Umkehr in Richtung Demokratie trotz vielerlei Schwierigkeiten möglich bleibt. Jedoch bleibt diese Demokratie aufgrund ihrer Beschädigung durch wirtschaftliche Macht weiterhin in der Gefahr eines erneuten Abgleitens in Richtung Autokratie und Faschismus. Wie also könnte auf längere Sicht eine Umkehr in die Richtung einer demokratischen Rechtsstaatlichkeit gelingen, die nicht nur von jeglichen Formen von totalitärer Staatsmacht, sondern auch von jeglichen privatwirtschaftlichen Formen von struktureller Macht befreit ist?

Ausgangspunkt der Entwicklung einer Alternative zum Rechtslibertarismus, Anarchokapitalismus und Tech-Faschismus sollten eine Rückbesinnung auf die Suche der ersten Aufklärung nach einem „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ (Immanuel Kant 1784) und das Bestreben sein, im Vertrauen auf die menschliche Vernunft die Ursachen für jene „Unmündigkeit“ der Menschen zu ergründen, die die erste Aufklärung überdauerte. „Sapere aude! Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“⁸³ So sollte also auch der Wahlspruch einer Aufklärung 2.0 lauten, die sich der die menschliche Vernunft zerstörenden „Dunklen Aufklärung“ von Thiel, Yarvin & Co. entgegenstellt. Kant und den anderen Philosophen des Humanismus und der Aufklärung konnte es nur erst um die Überwindung der Feudalherrschaft von Thron & Altar gehen, die die Menschen in Unmündigkeit gehalten hatte. Für das Verständnis der die Menschen weiterhin in Unmündigkeit haltenden und ihre Würde strukturell verletzenden Machtstrukt-

⁸³ Immanuel Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: Immanuel Kant, Denken wagen – Der Weg aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit, Stuttgart 2024, S. 7.

ren der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft fehlte der ersten Aufklärung jeglicher Erfahrungshintergrund. Und spätere Versuche, diese kapitalistischen Machtstrukturen im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts ‚aufzuklären‘ und zu überwinden, schlugen fehl. Entweder führten sie ‚nur‘ zu mehr oder weniger sozialstaatlichen Zähmungen der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft und Demokratie oder sie endeten in totalitären Gewaltherrschaften. Mehr denn je bedarf es deshalb einer zweiten Aufklärung mitsamt einer faktenbasierten „Diskursethik“ (Jürgen Habermas). Nachdem die von rechts als ‚woke‘ diffamierten links-linksliberal-grünen Kräfte allzu lange mit den Wölfen der kapitalistischen Globalisierung geheult haben und sie nur vordergründig bändigen wollten, sollten sie sich zu einer Kraft wandeln, die die strukturelle Macht des Konglomerats aus hochgradig konzentriertem Geld- und Realkapital und Daten tiefgründiger analysiert und die sich dann in einem zweiten Anlauf der Aufklärung anschickt, das Ideal der ersten Aufklärung mit historischer Verspätung doch noch zu verwirklichen: nämlich eine herrschaftsfreie Gesellschaft freier, gleicher und solidarisch miteinander verbundener Bürgerinnen und Bürger in republikanisch-demokratischen Rechtsstaaten.

Dergleichen Ansätze einer Fortsetzung der Aufklärung wie die des Politologen Claus Leggewie gehen zwar in eine richtige Richtung, sind aber noch unzureichend. „Es bedarf“, so argumentiert Leggewie, „einer Steuer- und Wirtschaftspolitik, die nicht nur Löcher am unteren Rand der Gesellschaft stopft, sondern Ressourcen am obersten Rand für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Transformation abschöpft. Es gibt auch Möglichkeiten, US-Oligarchen zu boykottieren oder zu besteuern. Superreiche werden damit weder dämonisiert noch geschröpft, sie werden einzig in krisenhaften Zeiten an ihre soziale und politische Verantwortung erinnert.“ Und weiter schreibt Leggewie: „Konservative und Liberale müssen im Kampf um die Demokratie eine Korrektur ihrer steuer- und haushaltspolitischen Dogmatik vornehmen, Linke müssen in dem gleichen Kampf begreifen, dass er nicht nur sozialpolitisch geführt werden muss, sondern auch sicherheitspolitisch gegen die russische (sowie neuerdings chinesische und womöglich amerikanische) Autokratie.“⁸⁴

⁸⁴ Claus Leggewie, Wie man Regimewechsel noch verhindern kann, im Deutschlandfunk am 21.4.2025; auf der Website <https://www.deutschlandfunk.de/wie-man-den-regimewechsel-noch-verhindern-kann-100.html>.

Das alles könnte das Voranschreiten auf dem weiteren Irrweg in einen Faschismus verlangsamen; aber es dürfte noch nicht genügen, die tiefere Ursache sozialer, politischer und ökologischer Fehlentwicklungen zu beheben, die Leggewie zu Beginn seines Statements mit einem einzigen Satz klar und deutlich benennt: „Geld regiert die Welt, eine alte Weisheit, die heute Schule macht“⁸⁵ – nicht nur heute, sondern schon seit langer Zeit. Leider lässt Leggewie offen, woher das Geld die strukturelle Macht hat, über Wirtschaft und Politik in der Welt zu regieren.

Ähnlich unzureichend sind die Maßnahmen, die von anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und von der Zivilgesellschaft in der Mitte der Gesellschaft in Erwägung gezogen werden, um die Macht der rechtslibertären Tech-Giganten und ihrer Plattformen einzuhegen – ohne sich zugleich dem Grundproblem der strukturellen Macht des Geldes zu stellen.

Im Verhältnis zu Mühlhoffs brillanter Kritik an den rechtslibertären und technofaschistischen Ideologien und der Macht der großen Tech-Konzerne sind auch seine Vorschläge für Maßnahmen zu ihrer Zurückdrängung eher bescheiden. Er sieht nicht nur die politische Linke, sondern auch die Mitte der Gesellschaft in der Pflicht, „antidemokratische Kräfte zu isolieren“ und „anders über die KI-Technologie zu sprechen“. Für notwendig hält es Mühlhoff, den vielfach mit der KI verbundenen technologischen Heilserwartungen entgegenzutreten und eine „bewusste Regulierung“ der KI herbeizuführen, denn sie stelle den besten „Schutz vor Machtmissbrauch“ und das „mächtigste demokratische Mittel“ dar, „unsere Zukunft mit KI aktiv zu gestalten.“⁸⁶

Entgegen den Erwartungen von Julian Dörr & Olaf Kowalski dürfte es mit einer „behutsamen Anpassung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft“ kaum gelingen, den entfesselten angelsächsischen Finanz- und Digitalkapitalismus zu bändigen.⁸⁷ Sie dürfte gegenüber der geballten Macht von konzentriertem/n Kapital und Daten ähnlich wir-

⁸⁵ Claus Leggewie, Wie man Regimewechsel noch verhindern kann, im Deutschlandfunk am 21.4.2025; auf der Website <https://www.deutschlandfunk.de/wie-man-den-regimewechsel-noch-verhindern-kann-100.html>.

⁸⁶ Rainer Mühlhoff, Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus, Stuttgart 2. Auflage 2025, S. 140 – 145.

⁸⁷ Julian Dörr & Olaf Kowalski, Die politische Ideologie des Silicon Valley, in: Udo di Fabio & Julian Dörr & Olaf Kowalski, Made in California, Tübingen 2022, S. 41.

kungslos bleiben, wie es die Monopolkontrolle gegenüber der Kapitalkonzentration im rheinischen Kapitalismus war.

Weitergehende, vor allem auf europäischer Ebene erhobene Forderungen nach einer Einführung einer Digitalsteuer, nach staatlichen Regulierungen des Internets oder gar einer Entflechtung der Digitalkonzerne sind Gegenstand von politischen Debatten über eine von den USA und China unabhängige europäische Internetökonomie.⁸⁸ Aber es geht dabei nur erst um Bestrebungen, den Missbrauch der Machtmacht von Tech-Giganten einzudämmen, und noch nicht darum, deren Marktmacht ganz zu überwinden. Davon abgesehen fehlt bislang eine politische Massengrundlage für solche Bestrebungen, weil es den Tech-Giganten gelungen ist, sich die Loyalität der meisten Menschen durch die Annehmlichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien zu sichern. Gleichwohl bleiben Bestrebungen notwendig, die Digitalwirtschaft aus den Fängen der privatwirtschaftlichen Renditemaximierung zu befreien.

Noch weiter, d.h. über staatliche Regulierungen von privaten Internetkonzernen hinaus gehen die Vorstellungen von Evgeny Morozov über ein neues „sozialdemokratisches und sozialistisches Projekt“, die „digitale Landschaft neu zu vermessen“ und die „ganz große Frage“ nach Wegen zu einer „Rückeroberung der digitalen Infrastruktur“ zu stellen. Morozov lehnt eine staatliche Regulierung von Internetkonzernen keineswegs ab; ihm zufolge sollten Sozialdemokraten und Sozialisten jedoch zusätzlich überlegen, wie sich die bislang in wenigen privaten Händen befindliche digitale Infrastruktur in öffentliche Hände überführen ließe. „Die digital vermittelten gesellschaftlichen Beziehungen müssen so dekommodifiziert werden, dass diese Infrastruktur dazu genutzt werden kann, solidarische und egalitäre Beziehungen zu führen und diese Werte zu verbreiten. ... Es kann nicht das Ziel sein, die großen Firmen zu zerschlagen, um viele kleine zu bekommen. Das könnten Liberale oder Christdemokraten anstreben, nicht aber Sozialdemokraten.“ Aufgabe von Sozialdemokraten sei es, die auf der Akkumulation und Konzentration von Kapital und Daten beruhende, privatwirtschaftlich betriebene digitale Infrastruk-

⁸⁸ Philipp Staab, Digitaler Kapitalismus – Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit, Berlin 2019, S. 287.

tur zunächst in kommunalen Modellversuchen und danach als Ganzes in öffentliche Hände zu überführen.“⁸⁹

Über Morozovs Ziel, die Internetkonzerne sozialdemokratisch oder sozialistisch zu vergesellschaften, geht der britische Wirtschaftsjournalist Paul Mason noch einen großen Schritt hinaus, indem er auch noch eine gesamtwirtschaftliche Planung an die Stelle der mangelhaft funktionierenden dezentralen Steuerung der Gesamtwirtschaft durch Marktpreise etablieren will. Nachdem die Planung in vordigitalen Zeiten aufgrund fehlender Informationstechnologien an bürokratische Grenzen gestoßen war, gebe es anders als zum Beispiel zur Zeit von Chiles sozialistischem Präsidenten Salvador Allende in den frühen 1970er Jahren⁹⁰ im digitalen Zeitalter die nötigen technischen Möglichkeiten der Beschaffung von Informationen über Konsumentenwünsche und ihrer massenhaften Verarbeitung als Grundlage einer bedarfsgerechten Produktion. Mittlerweile stünde eine „gewaltige Informationsmaschine“ zur Verfügung, mit der – wenn sie erst einmal „unter unsere Kontrolle gebracht“ wäre – sich die gesamte Wirtschaft berechnen und rational planen lasse. Mit Hilfe von „Superrechnern“ sei es möglich, der staatlichen Wirtschaftsplanung eine vollständige Übersicht über sämtliche gesellschaftlich-ökologischen Bedürfnisse zu verschaffen und die Produktion dementsprechend zu planen. „Als erstes brauchen wir eine offene, präzise und umfassende Computersimulation der gegenwärtigen wirtschaftlichen Realität.“ Der Austausch der produzierten Güter soll dann „abseits des Marktes“ stattfinden.⁹¹

⁸⁹ Evgeny Morozov, Digitaler Sozialismus – Wie wir die Sozialdemokratie ins 21. Jahrhundert holen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1/2020; auf der Website <https://www.blaetter.de/ausgabe/2020/januar/digitaler-sozialismus>. – Siehe auch Evgeny Morozov, Silicon Valley oder die Zukunft des digitalen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1/2018; auf der Website <https://www.blaetter.de/ausgabe/2018/januar/silicon-valley-oder-die-zukunft-des-digitalen-kapitalismus>. – Evgeny Morozov, Eine andere KI ist möglich, in: Le Monde diplomatique August 2024; auf der Website <https://monde-diplomatique.de/artikel/!6021376>

⁹⁰ Schon zur Zeit des früheren chilenischen Präsidenten Salvador Allende gab es Hoffnungen auf die Entwicklung von kybernetischen Informationstechnologien, mit deren Hilfe sich das kybernetische Management von Großunternehmen in die Richtung einer Gesamtplanung der Wirtschaft erweitern lassen könnte. Vgl. dazu Anna-Verena Nosthoff, Kybernetik und Kritik, Eine Theorie digitaler Regierungskunst, Berlin 2026, S. 296, 301, 311 und 335 - 336. Unabhängig davon, dass Allendes Hoffnungen auf der Illusion einer Planbarkeit der Wirtschaft beruhten, stellte der gewaltsame Sturz seiner Regierung durch die CIA am 11.9.1973 einen Akt der unrechtmäßigen politischen Willkür dar.

⁹¹ Paul Mason, Postkapitalismus – Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin 2016, S. 340 und 346 – 348.

Obwohl Mason sieht, dass Russland, die USA und China Züge eines „digitalen Feudalismus“ annehmen⁹², zweifelt er offenbar nicht an der Möglichkeit einer herrschaftsfreien technikbasierten zentralstaatlichen Planung der Wirtschaft und hält die Gefahr eines „Staatskapitalismus 3.0“ für geringer als Staab.⁹³ Mit der Unterschätzung dieser Gefahr geht bei Mason eine Überschätzung der Planungskompetenz von digitalen Superhirnen einher. So wie die KI nur Wahrscheinliches zu ermitteln vermag, aber nicht selbstverantwortlich denken kann, können auch die planenden Superhirne bestenfalls vergangene Bedürfnisse der Menschen extrapolieren, aber nicht ihre zukünftigen Bedürfnisse voraussehen. Außerdem liegt bei Mason noch eine Fehleinschätzung der Bildung von Marktpreisen in kapitalistisch deformierten Marktwirtschaften vor. Marktpreise leisten nicht per se eine mangelhafte dezentrale Koordination von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage, sondern ihre Selbststeuerungsfähigkeit wird dadurch stark beeinträchtigt, dass in kapitalistisch deformierten Marktwirtschaften nicht nur mit der menschlichen Arbeit und mit der Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen zusammenhängende Kostenfaktoren in die Marktpreise einkalkuliert werden, sondern auch störende Kostenfaktoren, die mit leistungslosen Privilegien zusammenhängen. Wenn letztere Kostenfaktoren aus Preiskalkulationen verschwinden würden, könnte die dezentrale Selbststeuerung der Märkte in einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ sehr viel besser funktionieren als in einer kapitalistischen Marktwirtschaft – und erst recht auch besser als in einer High-Tech-Planwirtschaft. –

Die verschiedenen Vorschläge zur Einhegung der Digital-Konzerne durch staatliche Regulierungen, durch ihre Verstaatlichung oder gar durch eine Ersetzung der dezentralen Selbststeuerung der Märkte durch eine zentralstaatliche Planung der Wirtschaft mit Hilfe von Superrechnern entsprechen im Großen und Ganzen einem herkömmlichen linken Denkmuster. Ihm zufolge sollte das hochgradig konzentrierte Produktivkapital, das im „Organisierten Monopolkapitalismus“ profitorientiert, also ‚schlecht‘ eingesetzt wurde, auf demokratischem Weg aus den Händen von Privateigentümern in öffentliche Hände übergehen. Von da an werde

⁹² Paul Mason, Zerschlagt die digitalen Monopole!, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 2/2018; auf der Website <https://www.blaetter.de/ausgabe/2018/februar/zerschlagt-die-digitalen-monopole>

⁹³ Philipp Staab, Digitaler Kapitalismus – Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit, Berlin 2019, S. 41 und 296 – 300.

das weiterhin konzentriert bleibende Produktivkapital gemeinwohlorientiert, also ‚gut‘ anwendet.

Allerdings bliebe eine wie auch immer vergesellschaftete Digitalwirtschaft einschließlich der KI genauso wie das übrige Kapital weiterhin auf dem Akkumulations- und Konzentrationsprinzip gegründet und würde dementsprechend auch weiterhin einem Wachstumsimperativ folgen. Damit würde gerade jene hierarchische Überordnung von Kapitalien und Daten über untergeordnete Lohn- und Gehaltsabhängige festgeschrieben, die eine demokratische Kontrolle des Konglomerats aus konzentrierten Kapitalien und Daten behindert oder gar unmöglich macht. Spätestens hier wird erkennbar, dass Technologien keineswegs bloß neutrale und wertfreie Werkzeuge sind, bei denen es nur auf einen ‚richtigen‘ statt ‚falschen‘ Gebrauch ankommt. Unabhängig davon, ob sich die Kapitalien und Daten in ‚schlechten‘ privaten oder ‚guten‘ öffentlichen Händen befinden, dürften sie allein aufgrund ihrer „massiven Akkumulation“ (Mühlhoff⁹⁴) mit der Demokratie unvereinbar sein und sich auch weiterhin für Missbräuche eignen.

Das gigantische Ausmaß dieser privaten oder staatlichen Machtakkumulation lässt sich durch einen Zahlenvergleich erahnen. Die Wirtschaftsleistung der weltweit agierenden Digitalkonzerne im Umfang von schätzungsweise 5,7 Billionen Euro übertrifft die gesamte Wirtschaftsleistung von Deutschland als einer der größten Wirtschaftsnationen der Welt; im Jahr 2026 liegt sie bei schätzungsweise 4,6 Billionen Euro.⁹⁵ Könnte es also um mehr gehen als nur um den Versuch, die herkömmlichen und digitalen Kapitalien und Daten zum „Schutz vor Machtmissbrauch“ aus den privatkapitalistischen Händen in die Hände demokratisch gewählter staatlicher Organe zu überführen?

Außerdem bliebe auch eine demokratisch kontrollierte oder vergesellschaftete Wirtschaft mit hochgradig konzentrierten Kapitalien und Daten einschließlich der KI enorm ressourcen- und energieverwendend. Nach einer gründlichen Abwägung der Chancen und Risiken der digitalen Revolution kommen Steffen Lange & Tilman Santarius deshalb zu einem „eher verhaltenen Fazit: Der Megatrend Digitalisierung wird keine

⁹⁴ Rainer Mühlhoff, Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus, Stuttgart 2. Auflage 2025, S. 146 – 147.

⁹⁵ Stephan Balling, US-Techkonzerne sollen zahlen, in der Wochenzeitung Das Parlament Nr. 17 vom 18.4.2026, S. 1.

der großen gesellschaftlichen Herausforderungen von sich aus lösen.“ Trotzdem plädieren Lange & Santarius am Ende nur für eine „sanfte und bedachte Digitalisierung. ... Was wir brauchen, ist eine Digitalisierung nach menschlichem und ökologischem Maß.“⁹⁶ Doch könnte die Digitalisierung überhaupt maßvoll und sanft werden, wenn sie weiterhin auf einer gigantischen Akkumulation und Konzentration von Kapital und Daten beruht? Könnte sie ohne Weltraumsatelliten, ohne gigantische Rechenzentren und ohne einen „digitalen Kolonialismus“⁹⁷ auskommen?

Trotz aller Schwierigkeiten bedürfen die bestehenden und die schon in rasantem Tempo in ihrer Weiterentwicklung befindlichen digitalen Infrastrukturen zweifellos einer gesellschaftlichen Kontrolle. Nach dem Boden und den Ressourcen einschließlich der Erdatmosphäre, nach der unbezahlten Hausarbeit, dem patentierten Wissen über Gene und Saatgut sowie den Verkehrsnetzen sind die digitalen Plattformen eine weitere Form der kapitalistischen Landnahme, mit der natürliche, soziale und technische Lebensgrundlagen in die große, vom kapitalistischen Geld angetriebene Kapitalverwertungsmaschinerie hineingezogen werden. Wie herkömmliche Märkte und Netze sind auch Plattformen gewissermaßen öffentliche Räume für private Begegnungen, für deren Nutzung es allgemein verbindliche, für alle Menschen gleiche Regeln geben muss. Die Plattformen sind gleichsam virtuelle Grundstücke und wie alle anderen natürlichen, sozialen und technischen Lebensgrundlagen auch der gesamten Menschheit gehörende Allmenden. Sie dürften nicht Eigentum von privaten Konzernen oder Staaten sein, weil die Konzentration der Verfügungsmacht über Ressourcen in privaten oder staatlichen Händen zu oligarchischen Herrschaftsverhältnissen führt. Dennoch wurden die Plattformen ähnlich wie der Boden und die Ressourcen von vornherein von privaten Eigentümern im Silicon Valley ‚besetzt‘, um ihnen analog zu leistungslosen Boden- und Ressourcenrenten den fortwährenden Bezug leistungsloser Plattformrenten und damit ihren Aufstieg zu Tech-Oligarchen zu ermöglichen.

Solange die die Demokratie beschädigenden Großstrukturen der monopolkapitalistisch deformierten Marktwirtschaft einschließlich des digitalen Kapitalismus fortbestehen, stehen der Allgemeinheit diese Plattform-

⁹⁶ Steffen Lange & Tilman Santarius, *Smarte grüne Welt? – Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit*, München 2018, S.

⁹⁷ Vgl. hierzu Ingo Dachwitz & Sven Hilbig, *Digitaler Kolonialismus – Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen*, München 5. Auflage 2026.

renten genauso zu wie andere leistungslose Renten aus Privilegien. Ähnlich wie bei Überlegungen zur Reform des Boden- und Ressourcenrechts⁹⁸ bleibt zu klären, ob die Plattformen mitsamt den Plattformrenten vergesellschaftet werden sollten oder ob die Plattformen im privaten Eigentum bleiben und nur die Plattformrenten durch eine mehr als nur minimale Digitalsteuer abgeschöpft werden sollten. In beiden Fällen bräuchte es auch eine Verständigung darüber, wofür die öffentlichen Einnahmen aus einer solchen Digitalsteuer zu verwenden wären.⁹⁹

9 Ausblick auf eine „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“

Über eine solche bislang noch utopische Realpolitik hinaus wird es notwendig sein, zumindest ansatzweise noch weiter in die Richtung des Fernziels einer breiten Dezentralisierung von Kapital und Daten weiterzudenken, um Auswege aus den Hierarchien in der Arbeitswelt und aus der ressourcen- und energieintensiven Wachstumswirtschaft zu finden. Als einer der wenigen Kritiker*innen des digitalen Kapitalismus sieht Douglas Rushkoff auch bereits die Notwendigkeit einer „Kreislaufwirtschaft, die nicht auf Wachstum angewiesen ist. ... Wir müssen unseren Energieverbrauch senken. Die Wachstumsrücknahme ist der einzige Weg, um die CO₂-Emissionen der Menschheit wieder zu verringern.“¹⁰⁰

Die Einführung einer Digitalsteuer wäre ein erster Schritt zur Bändigung der Macht der Tech-Giganten, könnte aber das generelle Grundproblem der Akkumulation und Konzentration von Kapital und Daten in kapitalistisch deformierten Marktwirtschaften noch nicht lösen. Notwendig wäre deshalb als zweiter Schritt eine Transformation der gesamten kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft und Demokratie einschließlich der Digitalwirtschaft in eine von Rushkoff angedachte „Kreislaufwirtschaft“ bzw. in eine „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“, in deren Verlauf die Gesamtheit der bislang in großen Konzernen akkumulierten und konzentrierten Kapitalien und Daten in dezentrale, kleinere pri-

⁹⁸ Vgl. hierzu Dirk Lühr, Prinzip Rentenökonomie – Wenn Eigentum zu Diebstahl wird, Marburg/Lahn 2013.

⁹⁹ Doris Achelwilm & Xenia Miller, Digitalsteuer – Google, Meta & Co. müssen stärker besteuert werden, in: Surplus – Das Wirtschaftsmagazin vom 16.1.2026; auf der Website <https://www.surplusmagazin.de/digitalsteuer-techkonzerne-digitalabgabe-wolframweimer/>

¹⁰⁰ Douglas Rushkoff, Survival of the Fittest – Warum wir vor den Tech-Milliardären noch nicht einmal auf dem Mars sicher sind, Berlin 2025, S. 192, 250 und 253.

vate und mittlere genossenschaftliche Unternehmen übergeht. Parallel dazu könnte auch der bisherige Rechts- und Machtstaat in einen reinen Rechtsstaat übergehen, wobei sich auch die Demokratie von der Parteiherrschaft zu einer stärkeren Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Politik wandeln könnte.¹⁰¹

Das sollte im Gegensatz zu der erwähnten Einschätzung von Morozov nicht nur ein Ziel von Christdemokraten und Liberalen werden¹⁰², sondern auch und vor allem ein Ziel von Sozialdemokraten, Sozialisten und Grünen. Im Hinblick auf die großindustrielle Massenproduktion und die Digitalwirtschaft könnten sich aus einer Dezentralisierung von Kapital und Daten Einbußen bei den mit ihnen verbundenen Annehmlichkeiten ergeben – die nur deshalb als Annehmlichkeiten erscheinen, weil deren Kosten zum großen Teil unsichtbar auf die menschliche Arbeit und auf die Natur abgewälzt werden. Etwaigen Einbußen würden aber andere Annehmlichkeiten in Gestalt von egalitären Arbeitsverhältnissen und von geringeren Ressourcen- und Energieverbräuchen gegenüberstehen.

Aus dem spätestens mit der internationalen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise ab 2008 offenkundig gewordenen Versagen der neoliberal-kapitalistischen Globalisierung mit ihrer Verselbstständigung der Geld- und Finanzsphäre gegenüber der realwirtschaftlichen Sphäre haben rechtslibertäre Ökonomen in der Nachfolge der „New Austrians“ und konservative bis rechtsextremistische Politiker aufgrund ihrer Ignoranz gegenüber der Deformation von Marktwirtschaft und Demokratie durch das dysfunktionale kapitalistische Geld völlig falsche Schlüsse gezogen. Sie führten zum einen zu einem erratischen Handelsprotektionismus und zum anderen zu einem Durchmarsch von Tech-Giganten zu einer entgrenzten Konzentration von privatwirtschaftlicher und politischer Macht sowie zur Verabsolutierung des einzelnen Individuums bis hin zu antidemokratischen Bestrebungen in die Richtung einer Entstaatlichung der Gesellschaft.

¹⁰¹ Zur Einführung vgl. Werner Onken, Grundrisse einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – 50 Fragen und Antworten, München 2025. – Ausführlicher: Werner Onken, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung, 3 Bände München 2022; auch auf der Website <https://www.werner-onken.de/buecher.html>

¹⁰² Evgeny Morozov, Digitaler Sozialismus – Wie wir die Sozialdemokratie ins 21. Jahrhundert holen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1/2020; auf der Website <https://www.blaetter.de/ausgabe/2020/januar/digitaler-sozialismus>.

Um zu verdeutlichen, dass im Gegensatz dazu eine „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“ ein Ziel der gesamten liberal-links-liberal-sozialdemokratisch-sozialistisch-grün-christdemokratischen Mitte der politischen und zivilen Gesellschaft werden könnte, seien hier noch einmal die wichtigsten Unterschiede zwischen ihr und dem Rechtslibertarismus, Anarchokapitalismus und Tech-Faschismus zusammenfassend dargestellt:

Das bestehende Geldsystem weist nicht deshalb gravierende Mängel auf, weil es – wie Rechtslibertäre und Anarchokapitalisten glauben – eine staatliche Institution ist, sondern weil dem Geld in seiner herkömmlichen kapitalistischen Gestalt eine strukturelle Macht innewohnt. Unabhängig davon, ob es von staatlichen oder privaten Zentral- oder Geschäftsbanken emittiert wird, beruht seine strukturelle Macht auf dem „Liquiditätsvorteil“ des Geldes (John Maynard Keynes), also auf dem Vorteil der universalen zeitlichen und räumlichen Flexibilität, den das Geld gegenüber der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen hat. Dieser strukturelle Sondervorteil des Geldes erzeugt soziale Ungleichheit, quantitative und qualitative Fehllenkungen der Produktion sowie Krisen und Naturzerstörungen. Zur Behebung dieser Probleme bedarf es keines Systems konkurrierender und durch Gold gedeckter Privatwährungen und/oder außerstaatlicher Kryptowährungen, sondern einer Reform des staatlich bleibenden Geldes, bei der dem Geld im Sinne der „rostenden Banknoten“ von Silvio Gesell „künstliche Durchhaltekosten“ (John Maynard Keynes) auferlegt werden, die seinen strukturellen Liquiditätsvorteil so neutralisieren, dass das Geld seinen Charakter als strukturelles Machtmittel verliert und fortan den Menschen und Märkten nur noch als produktions- und verteilungsneutrales „Geld ohne Mehrwert“ (Dieter Suhr¹⁰³) dient. Durch diese Reform des Geldes soll die private Finanz- und Realwirtschaft von ihrem weder sozial- noch umweltverträglichen Akkumulations-, Konzentrations- und Wachstumspfad auf einen Weg ihrer Dezentralisierung und Stabilisierung ohne Wachstumsimperativ umgesteuert werden.

¹⁰³ Silvio Gesell, „Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat“ – Werkauswahl zum 150. Geburtstag, Kiel 2. Auflage 2012; auf der Website <https://www.silvio-gesell.de/leseproben.html>. - John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, der Zinses und des Geldes (1936), Berlin 1976, S. 182 – 185 und 298 – 318. - Dieter Suhr, Geld ohne Mehrwert – Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten, Frankfurt/M. 1983; auf der Website https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Geld%20ohne%20Mehrwert.pdf

Während die globalen Ressourcen einschließlich der Erdatmosphäre sowie das Wissen, die Netze und die Plattformen nach den Vorstellungen der Rechtslibertären sich möglichst in den Händen von privaten Monopolen befinden sollen, sollten alle natürlichen, sozialen und technischen Lebensgrundlagen gemeinschaftliche Güter aller Menschen werden. Ihre private Nutzung sollte möglich bleiben, aber nur innerhalb wissenschaftlich-politisch gesetzter ökologischer Grenzen und gegen an die öffentlichen Hände zu entrichtende Entgelte. Während die Entgelte für die Nutzung des Bodens zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur verwendet werden sollten, sollten die Entgelte für die Nutzung der Ressourcen- und anderen Lebensgrundlagen in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die gesamte Weltbevölkerung zurückverteilt werden.¹⁰⁴

Nachdem moderne demokratische Rechtsstaaten bislang zugleich auch Machtstaaten waren, sollten die Gesellschaften nicht gemäß den Vorstellungen von Rechtslibertären, Anarchokapitalisten und Tech-Faschisten entstaatlicht werden, um marktbeherrschenden Monopolen ihren freien Lauf zu lassen. Vielmehr sollten die Rechts- und Machtstaaten im Zuge der Reformen von Geldordnung, Boden- und Ressourcenrecht sowie der Unternehmensverfassung in reine Rechtsstaaten übergehen, die für eine privilegienfreie und strukturell gerechte Rahmenordnung der Märkte sorgen. Anstelle eines antiegalitären ‚Rechts von Stärkeren‘ in entstaatlichten rechtsfreien Räumen bedarf es einer strukturell „gleichen Freiheit“ (Dieter Suhr¹⁰⁵) aller Bürgerinnen und Bürger in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

Der Umfang staatlicher Tätigkeiten kann in einem solchen Rechtsstaat geringer werden als bisher, weil in einer a priori gerechteren Gesellschaft ein deutlich geringerer Bedarf an staatlichen Reparaturen des Marktgeschehens und an nachträglichen Umverteilungen der Einkommen und Vermögen bestehen wird. Allerdings wird ein solcher Rechtsstaat nicht auf den Umfang eines klassisch-liberalen „Nachtwächterstaats“ oder eines Minimalstaates schrumpfen, denn die Bereitstellung der aus Bodenrenten finanzierten öffentlichen Infrastruktur und anderer öffentlicher Gü-

¹⁰⁴ Dirk Lohr & Fred Harrison, Das Ende der Rentenökonomie – Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, Marburg/Lahn 2017.

¹⁰⁵ Dieter Suhr, Gleiche Freiheit – Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft, Augsburg 1988; auf der Website https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Gleiche-Freiheit.pdf. – Vgl. auch Werner Onken, Grundrisse einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – 50 Fragen und Antworten, München 2025.

ter wie der Bildung, der Gesundheit und der Kultur erfordert ebenso staatliches Handeln wie die Organisation der Sozialversicherung einschließlich eines Drei-Generationen-Vertrags und der Setzung von ökologischen Grenzen der Nutzung von natürlichen Ressourcen und der Erdatmosphäre. Außerdem bedarf es einer internationalen Kooperation auf der Ebene der Vereinten Nationen (UN), um einen globalen ökologischen Rahmen für die Nutzung von Ressourcen und Erdatmosphäre zu schaffen. Eine zweite große Aufgabe der UN sollte es werden, nach dem Vorbild des von John Maynard Keynes konzipierten „Bancor“ eine neutrale Weltwährung für den innerhalb ökologischer Grenzen ablaufenden offenen Welthandel einzurichten, die die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen einzelnen Ländern in ein weltweites Gleichgewicht bringt.¹⁰⁶

Diese Vorstellung von einer rechtsstaatlich geordneten „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“ beruht letztlich auf einem ganz anderen Verständnis des Liberalismus als das Ideologiemisch aus Rechtslibertarismus, Anarchokapitalismus und Tech-Faschismus. Anstelle eines verabsolutierten Individualismus, eines sozialdarwinistischen Verdrängungswettbewerbs auf monopolistisch vermachteten Märkten ohne soziale Sicherung der Unterlegenen beruht es auf dem Bild von Menschen, die sowohl frei als auch egalitär in sozialen Beziehungen vernetzt sind. Einerseits stehen sie in einem privilegienfreien fairen Wettbewerb zueinander und andererseits kooperieren sie auch miteinander. Und die Menschen, die nicht erwerbstätig sein können, weil sie noch klein oder schon alt, krank oder gehandicapt sind, werden in einem solidarischen Umlagesystem existenziell abgesichert.

Im Laufe der Geschichte der Moderne haben Gesellschaften mit kapitalistisch deformierten Marktwirtschaften und Demokratien mehrmals ihr inneres Gleichgewicht verloren. In Zeiten des „wirtschaftlichen Niedergangs der Mittelklasse“ (Thomas Mann in seinen eingangs zitierten Worten) und der Unterschichten sind sie in staatstotalitäre faschistische, nationalsozialistische, kommunistische oder religiös-fundamentalistische Herrschaftssysteme abgeglitten. Und in den gegenwärtigen Krisenzeiten

¹⁰⁶ John Maynard Keynes, *Proposals for an International Clearing Union* (1943), in: *Collected Writings* Vol. XXV. Cambridge/UK, 1980. – Nadia Piffaretti, *Reshaping the International Monetary Architecture – Lessons from Keynes' Plan*. New York: World Bank Policy Research Working Paper 5034/2009, S. 1 – 28. – Thomas Betz, *Keynes-Plan reloaded*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 164./165. Folge (2010), S. 38 – 49; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-160-171.html>

drohen sie in ein privatkapitalistisch-totalitäres Herrschaftssystem als neue Form des Faschismus abzugleiten und die Ideale der Französischen Revolution von 1789 hinwegzufegen.

Inmitten dieser extremen Pendelschläge der Geschichte ist es dringend geboten, die Anziehungskräfte der Mitte der Gesellschaften so sehr zu stärken, dass das Pendel der Geschichte nicht mehr bis zu totalitären Herrschaftssystemen ausschlagen kann. Diese Kraft zur Selbstorganisation und selbsttätigen Stabilisierung könnte die Mitte der Gesellschaften durch eine rechtsstaatlich gestaltete Transformation kapitalistisch deformierter Marktwirtschaften und Demokratien in freie, gerechte, umweltverträgliche und weltoffen-friedliche „Marktwirtschaften und Demokratien ohne Kapitalismus“ gewinnen.

Ein folgenschwerer Irrtum wäre es, den Liberalismus mit der US-amerikanischen Politologin Wendy Brown pauschal für „bankrott“ zu erklären und eine „postliberale Demokratie“ anzustreben.¹⁰⁷ Nicht der Liberalismus und die Demokratie als solcher sind am Ende, sondern ihre kapitalistische Perversion durch strukturelle wirtschaftliche Macht und den damit verbundenen politischen Lobbyismus. Deren Überwindung könnte den Weg zu einer neuen nachkapitalistischen Verbindung von Marktwirtschaft und Demokratie bereiten und die Gravitationskräfte der Gesellschaft so stärken, dass es schließlich keine Nährböden für faschistische Ideologien jedweder Couleur, die die Menschenrechte und die Demokratie angreifen könnten, mehr gäbe.

¹⁰⁷ Wendy Brown, Der Liberalismus ist heute bankrott, in: taz vom 11. - 17. April 2026, S. 3; auf der Website <https://taz.de/Denkerinnen-zur-Krise-der-Demokratie/!6165833/>